

Ziviler Bevölkerungs- schutz

Nr. 8 · August 1969 · 14. Jahrgang
Preis des Einzelheftes DM 1.50

ZfB

G 7448 E





Spezialaufzug für Kranke

In England wurde ein System entwickelt, das die Sicherheit und Bequemlichkeit für nichtambulante Patienten erhöht und es den Krankenpflegern gestattet, ohne große körperliche Anstrengung die Patienten gefahrlos fortzubewegen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um einen mechanischen Aufzug, dessen Mechanismus manuell zu betätigen ist. Der Vorgang, einen Patienten aus der Rückenlage im Bett in den Spezialaufzug oder umgekehrt aus diesem wieder ins Bett zu bringen, vollzieht sich nach einem einfachen Schema, das die Krankenpfleger mit geringster Körperanstrengung durchführen können, und zwar unabhängig von Größe und Gewicht des Patienten. wfj

Beatmungsbeutel für Erste Hilfe

Ein Beatmungsbeutel mit Silikon-Flapper für eine sofortige Wiederbelebung bereits am Unfallort wurde in Westdeutschland entwickelt. Der Beatmungsbeutel ist mit einer Hand einfach zusammenzudrücken. Dadurch wird dem Unfallopfer Frischluft mit vollem Sauerstoffgehalt von 21 Prozent zugeleitet, über Ventil und Gesichtsmaske. Man gibt etwa 18mal Druck mit der Hand pro Minute. Der Beutel enthält 1000 ccm Luft. Durch die einfache Konstruktion des Ventils konnte statt Metall Kunststoff benutzt werden. Der Kunststoff ist desinfizierbar und unanfällig gegen sämtliche Witterungseinflüsse. Selbst gegen Seewasser. Durch ein einfaches Flapper konnte auf die Feder verzichtet werden. wfj

Sicherheitsschaum gegen Brennstoffexplosionen

Ein Sicherheitsschaum für Flugzeuge, Fahrzeuge und Schiffe als Schutz vor verheerenden Brennstoffexplosionen bei Unfällen, bei denen Brennstoffbehälter durchschlagen oder zerreißen, wird in den USA entwickelt. Es handelt sich dabei um einen offenporigen Kunststoffschäum, der in den Brennstoffbehälter gegeben wird und dort für einen kontrollierten Brennstoffdurchfluß sorgt und beim Manövrieren des Fahrzeugs ein Schwappen des Brennstoffs verhindert. Bei einem Unfall wirkt der Sicherheitsschaum wie eine Abschirmung – ähnlich wie beim Bunsenbrenner oder einer Grubenlampe –, die ein Entzünden der explosiven Dämpfe verhindert. Gründliche Tests in einem Kampfflugzeug der amerikanischen Luftwaffe zeigten, daß dieser Sicherheitsschaum Brennstoffexplosionen praktisch unmöglich macht. wfj



Biwaksack aus Polyester-gewebe

Ein Biwaksack aus Polyester-gewebe zum Überleben im Gebirge, bei Bergnot, zum Abwerfen in kalten Katastrophengebieten, bei Lawinen, für von der Außenwelt abgeschlossene Menschen und für zerstörte Siedlungen wird in Deutschland hergestellt. Er unterscheidet sich von anderen Biwaksäcken darin, daß die Innenseite im Hochvakuum mit Aluminium bedampft worden ist. Diese Metallschicht reflektiert die Körperwärme. Es ist ein dauerndes Aufheizen des Innenraums durch die eigene Körpertemperatur, die zu ca. 85% konserviert wird. Der Biwaksack ist wasserdicht beschichtet, so daß Regen abgewehrt wird, aber er bleibt trotzdem atmungsaktiv. wfj

Erdbebenwarnungen – 25 Jahre vorher

Die Erdrinde hebt und senkt sich unablässig, und der Geodät kann diese Bewegung über Jahre hin verfolgen. Der sowjetische Forscher Meschierikow hat in erdbebengefährdeten Zonen beobachtet, daß solche Schwankungen sich plötzlich beschleunigen oder sich auch umkehren, kurz bevor ein Beben eintritt, während sie danach wieder in ihren normalen Rhythmus zurückfallen. Im Umkreis des Epizentrums des Bebens von Taschkent (1966) zeigten die Messungen zwischen 1900 und 1942 eine Hebung der Erdrinde um 1,2 Millimeter jährlich an. Dann „sank“ die Erdrinde, und zwar um 1 Millimeter pro Jahr, um sich anschließend wieder zu heben, diesmal um 40 Millimeter jährlich kurz vor Eintreten des Erdbebens. Man darf aus diesen Erfahrungen folgern, daß die ersten Anzeichen des Erdbebens von Taschkent 25 Jahre vor seinem Eintreten registriert wurden. wfj

ZB

8'69

Nr. 8 · August 1969 · 14. Jahrgang

Inhalt:

Seite	II	Für Sie notiert
Seite	2	Eine Verordnung des Bundesministers für Verkehr. Von Dr. Bruno F. Schneider
Seite	3	Überall menschliche Not lindern. Die XXI. Rotkreuz-Konferenz in Istanbul. Von Ministerialrat Hermann Platz, BMI
Seite	4	WIR HAAKON, der König von Norwegen, geben bekannt . . . Zivilschutzgesetz als sicheres Fundament einer wirksamen Zivilverteidigung. Von Helmut Freutel
Seite	14	„Bereitsein für alle“. Katastrophenschutzwoche in Wilhelmshaven
Seite	20	So werben die Schweizer. Große Schau des Luzerner Bundes für Zivilschutz. Von Herbert Alboth, Bern
Seite	23	Leistungsabzeichen im Strahlenschutz. Von Maximilian Kraus, Landeschulungsreferent von Oberösterreich
Seite	24	Explosionsunglück in Hannover-Linden. Nachbarliche Hilfe und Katastrophenschutzdienste bewährten sich in der Stunde der Not. Von Gerd Herbst
Seite	27	„Büchsenöffner“. Werkzeuge zum Aufschneiden von Blechaufbauten
Seite	28	Für die Hilfe aus der Luft. Erster Lehrgang für DRK-Flugbeobachter. Von H. C. Weiler, Bonn
Seite	30	Landesstellen berichten
Seite	III	Die Förderung von Schutzbauten durch den Bund. Ein Informationsgespräch in der Bauschau Bonn. Von E. W. van gen Hassend
Seite	IV	ZB im Bild



Zu unserem Titelbild: Hubschrauber haben sich bei vielen Katastrophen als wertvolle „Helfer aus der Luft“ bewährt. Die Einsatzleitung erhält über Funk ein klares Bild der Lage, es können Ärzte und sonstiges Hilfspersonal eingeflogen werden. Oft konnten sogar Menschen aus einer gefährlichen Situation direkt vom Hubschrauber aus gerettet werden. Auch bei einer Übung des BVS in Wilhelmshaven wurde ein Hubschrauber eingesetzt. Mehr darüber auf den Seiten 14 bis 19.

Gestaltung: Johann Willsberger

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz, 5 Köln, Eupener Straße 74, Telefon 49 50 71

Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung: Münchner Buchgewerbehaus GmbH
8 München 13, Schellingstraße 39-41
Telefon 28 50 51

Anzeigenleiter:
Hans Horsten
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 4/D

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, ist nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto
(Österreich: öS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80, Italien: L 250)

Abonnement vierteljährlich DM 4,50, jährlich DM 18,—.

Im Bezugspreis von DM 1,50 je Heft sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen.

Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Verlag eingehen. Bestellungen bei jedem Postamt oder beim Verlag.



ZB erscheint monatlich

Chefredakteur:
Dr. Bruno F. Schneider

Redaktion:
Helmut Freutel
Alfred Kirchner

Layout und Grafik:
Hannelore Apitz

Eine Verordnung des Bundesministers für Verkehr

Die in allen Diskussionen über moderne Verkehrsprobleme immer wieder genannte Zahl der Verkehrstoten (1968 waren es bei 1,7 Mio Unfällen 16 635 Tote) hat in den vergangenen Jahren eine Fülle von Initiativen ausgelöst. Dazu gehören die Verschärfung der Strafen, die Herabsetzung der Promille-Grenze, stärkere Berücksichtigung der Sicherheitsfaktoren bei der Konstruktion neuer Autotypen und nicht zuletzt Aufklärungsaktionen, wie „Damit müssen Sie rechnen“ oder „Der 7. Sinn“.

Mit der ständig wachsenden Verkehrsdichte auf unseren Straßen aber erhöhen sich zugleich die Gefahren, und so gelang es durch die genannten Aktionen kaum, eine Herabsetzung der Unfallzahl zu erreichen. Wie wird sich das, was wir heute schon als „Verkehrschaos“ bezeichnen, im Jahre 1980 auswirken, wenn auf den Straßen der Bundesrepublik nach den Schätzungen 19 Millionen Fahrzeuge laufen statt heute 12 Millionen? Dann werden Aufklärung und vorbeugende Maßnahmen kaum noch ausreichen. Man wird sich mit einer gewissen unvermeidlichen Zahl von Unfällen und von Toten abfinden müssen; eine Zahl, von der niemand weiß, wie groß sie sein wird. Eins aber glauben die Experten heute schon mit Sicherheit sagen zu können: jeder dritte, der an seinen bei einem Verkehrsunfall erlittenen Verletzungen starb, hätte bei sofortiger sachgerechter Hilfeleistung am Unfallort gerettet werden können.

Hier hat das Bundesverkehrsministerium einen Ansatzpunkt zu einer wirksamen Maßnahme erkannt. Zwar ist vorbeugen besser als heilen, aber vorbeugende Maßnahmen gibt es genug, darum konzentriert sich die Aufmerksamkeit jetzt auf das Heilen. Am 21. 7. 1969 verkündete der Bundesminister für Verkehr eine Verordnung, die am 1. 8. 1969 in Kraft trat (Bundesgesetzblatt Nr. 62, Teil I, Seite 845 ff). Danach muß jeder, der einen Führerschein der Klassen 1, 3, 4 oder 5 erwerben will, den Nachweis erbringen, daß er in Sofortmaßnahmen am Unfallort unterwiesen wurde.

Schon zu einem frühen Zeitpunkt der Vorbereitung dieser Verordnung, seit dem Jahre 1966, war der BVS beteiligt und konnte seine Vorstellungen und Erfahrungen darlegen. Er konnte geltend machen, daß von jeher auch ein großer Teil der Selbstschutzgrundausbildung auf solche friedensmäßig kleineren und größeren Katastrophen zugeschnitten ist. Inzwischen hat sich die Selbstschutzgrundausbildung in Form und Inhalt gewandelt und ent-

spricht gerade in ihrem zweiten Teil unter der Bezeichnung „lebensrettende Sofortmaßnahmen“ dem, was der Bundesminister für Verkehr jeden Führerscheinbewerber erlernen lassen möchte.

Folgerichtig ist daher auch der Bundesverband für den Selbstschutz mit seiner Selbstschutzgrundausbildung durch die Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in die Reihe der Organisationen eingereiht worden, deren Bescheinigung als Nachweis über die Teilnahme an einer Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort gilt.

Angesichts der voraussichtlichen 1,6 Millionen Führerscheinbewerber je Jahr kommt also außer auf den Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter Unfallhilfe und den Malteser Hilfsdienst auch auf den BVS eine gewaltige Aufgabe zu. Trotzdem oder gerade deshalb ist die Entscheidung des Bundesministers für Verkehr sehr zu begrüßen, da nun bei der zwar kostenlosen, aber immerhin 10stündigen Unterweisung durch den BVS dem Führerscheinbewerber zusätzlich eine Fülle von Kenntnissen über Wirkungen moderner Waffen und Schutzmöglichkeiten, über Bau und Einrichtung von privaten Schutzräumen, über Selbstbefreiung und Rettung Verschütteter vermittelt wird. So hat in dieser Verordnung vom 21. 7. 1969 der friedensmäßige Wert der Selbstschutzgrundausbildung, der von uns immer wieder neben der Bedeutung für den Ernstfall hervorgehoben wurde, seinen sichtbaren Ausdruck gefunden.

Vielleicht wird nun manchem Führerscheinbewerber die Erkenntnis leichtfallen, daß es in beiden Fällen — den hautnahen Unfallgefahren des Alltags oder dem möglichen Fall einer militärischen Auseinandersetzung — um Katastrophen geht, die hoffentlich nie eintreten, vor deren Möglichkeit man gleichwohl die Augen nicht verschließen darf.

Er wird erkennen müssen, daß man sich und seine Familie mit einigen, im Grunde wenig aufwendigen Mitteln wirksam gegen die Wirkung moderner Waffen schützen kann. Und so wie es seine Freude am Erwerb des Führerscheines sicherlich nicht schmälern wird, wenn er etwas über die Sofortbehandlung von Knochenbrüchen, vom Blutstillen und von Atemspende hört, so wird es ihn auch nicht vergällen, wenn wir ihn über Brandbekämpfung, Radioaktivität oder die Bergung Verletzter aus Trümmern informieren. Dr. B. F. Schneider

Überall menschliche Not lindern

Die XXI. Rotkreuz-Konferenz in Istanbul

Von Ministerialrat Hermann Platz, BMI

Vom 29. August bis zum 13. September findet in Istanbul die XXI. Internationale Rotkreuz-Konferenz statt. Zu den internationalen Rotkreuz-Konferenzen — grundsätzlich alle vier Jahre — kommen die Delegierten der einzelnen nationalen Rotkreuz-Gesellschaften (Gesellschaften vom Roten Halbmond, vom Roten Löwen — Rote Sonne), die Regierungsdelegierten der Mitgliedstaaten der Genfer Konventionen, die Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sowie die Vertreter der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften zusammen. Auf der letzten, der XX. Internationalen Rotkreuz-Konferenz im Jahre 1965 in Wien, waren Delegierte von 92 Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften und von 84 Regierungen der Mitgliedstaaten der Genfer Konventionen anwesend.

Das Internationale Rote Kreuz hat es sich zum Ziel gesetzt, überall in der Welt menschliche Not zu lindern und zu verhindern, daß Menschen in Not geraten. Die Internationale Rotkreuz-Konferenz ist das oberste Organ des Internationalen Roten Kreuzes und hat hauptsächlich die Aufgabe, für die Verbesserung des Schutzes der Menschen vor Kriegsgefahren durch Erweiterung und Vertiefung des humanitären Völkerrechts zu sorgen. Die wenig homogene Zusammensetzung der Konferenz, die Regierungsvertreter und Vertreter mehr oder weniger privater Organisationen zusammenführt, beruht darauf, daß Entwürfe von Konventionen oder einzelner völkerrechtlicher Regeln keineswegs von einer internationalen Konferenz der nationalen Rotkreuzgesellschaften in Kraft gesetzt werden könnten; dazu bedarf es vielmehr in jedem Falle des Beitritts der einzelnen Staaten — in der Regel durch Ratifikationsgesetz. Die anwesenden Regierungsvertreter der einzelnen Staaten sollen von Anfang an dahin wirken, daß Texte entstehen, die von ihren Regierungen akzeptiert bzw. von den Parlamenten ratifiziert werden können. Ebenso wie die bisherigen Rotkreuz-Abkommen, insbesondere das IV. Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegzeiten, sind auch die künftigen Ergebnisse der Verhandlungen internationaler Rotkreuz-Konferenzen für die Arbeit des Zivilschutzes von der größten Bedeutung.

Die Rotkreuzkonferenz in Istanbul wird sich insbesondere mit folgenden Fragen beschäftigen:

1. Status der Zivilschutzorganisationen

Es geht hier im wesentlichen darum, den Schutz des Artikels 63 der IV. Genfer Konvention, der bisher nur nach einer Besetzung gilt und nicht den einzelnen Helfer schützt, entsprechend einer Resolution der XX. Rotkreuz-Konferenz in Wien auszuweiten. Ein Beitrag über die Problematik dieses Vorhabens wird demnächst im „Zivilschutz“ erscheinen.

2. Schutz des zivilen medizinischen und Krankenpflegepersonals

Starke Bestrebungen innerhalb der Mitgliedstaaten der Genfer Konventionen gehen dahin, neben den Angehörigen des militärischen Sanitätspersonals auch den Ärzten und Krankenschwestern einen besonderen Schutz zu verleihen. Dagegen bestehen grundsätzlich auch keine Bedenken. Die Meinungen sind jedoch sehr geteilt darüber, ob als Erkennungs- und Schutzzeichen des zivilen Sanitätspersonals ein besonderes Abzeichen, etwa der Äskulapstab, dienen soll oder ebenso wie beim militärischen Sanitätspersonal das Rote Kreuz verwendet werden soll.

3. Internationale Hilfsaktion bei Naturkatastrophen

Hier sollen aktuelle Fragen, die bei Hilfsaktionen dieser Art in letzter Zeit aufgetreten sind, behandelt werden. Für künftige Katastrophen werden organisatorische Vorbereitungen vorgeschlagen, um möglichst schnell Verbände zur Hilfeleistung zur Verfügung zu haben, die eingesetzt werden können, wo es notwendig ist. Vor allem sollen bestimmte Regeln aufgestellt werden, damit der Transfer der Helfer und des Materials in das von der Katastrophe betroffene Land so schnell wie möglich ohne bürokratische Hemmnisse bewerkstelligt werden kann; dazu bedarf es wesentlich auch der Mithilfe der Regierungen.

4. Internationale Sanitätsmannschaften

Für den Fall, daß bei einer Naturkatastrophe oder Epidemie ein starker Mangel an Ärzten und ärztlichem Hilfspersonal auftritt, soll eine internationale Sanitätsmannschaft aufgestellt werden, die binnen kurzem tätig

werden kann, wo sie dringend gebraucht wird.

5. Schutz der Opfer nichtinternationaler Konflikte

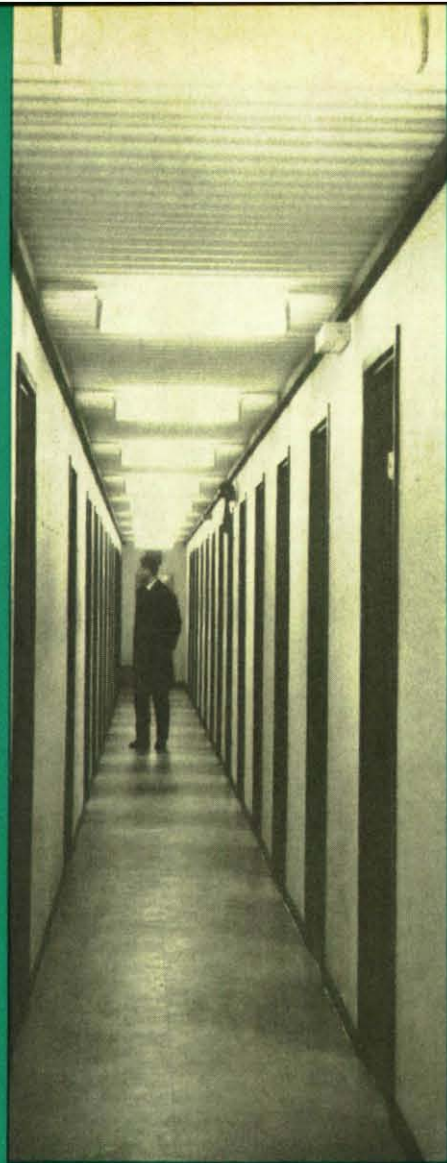
Dieser Punkt ist zwar für den Zivilschutz von geringerem Interesse. Bei den Verhandlungen der Konferenz wird er aber besondere Bedeutung haben, weil die aktuellen Fälle nichtinternationaler Konflikte — sprich Bürgerkriege, insbesondere Biafra und Vietnam — die Weltöffentlichkeit stark beschäftigen. Die Schwierigkeit besteht hauptsächlich darin, daß es bei Bürgerkriegen an internationalen Rechtsobjekten fehlt, die durch die Genfer Konventionen gebunden werden können. Allerdings heißt es schon im Artikel 3 aller vier Konventionen, daß bei Konflikten nichtinternationalen Charakters auf dem Gebiet eines der Mitgliedstaaten die wichtigsten humanitären Regeln gelten sollen. Man will auf der einen Seite in diese Bestimmung weitere Verpflichtungen einbeziehen, auf der anderen Seite aber vor allem — soweit möglich — dafür sorgen, daß die Verpflichtungen auch eingehalten werden.

6. Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren eines unterschiedslos geführten Krieges

Unter diesem Punkt der Tagesordnung verbergen sich die Bestrebungen zur Ächtung des Atomkrieges. Im Grunde genommen stellt sich hier das Gesamtproblem der Abrüstung, und es besteht eine Konkurrenz zu den Abrüstungsverhandlungen auf höchster internationaler Ebene. Wenn auch hier nicht mit Erfolgen gerechnet werden kann, so wird doch ein neuer Anstoß in dieser Richtung gegeben werden.

Die Verhandlungen der Internationalen Rotkreuz-Konferenzen sind immer recht mühsam, weil es naturgemäß schwer ist, bei einem so großen Gremium, in dem so weit auseinandergehende Interessen vertreten sind, eine gemeinsame Basis zu finden. Trotzdem ist zu hoffen, daß es gelingt. Fortschritte in der Richtung auf die Ziele des Internationalen Roten Kreuzes zu erzielen.

Über die Ergebnisse der Konferenz in Istanbul werden die Leser in besonderen Beiträgen unterrichtet werden.



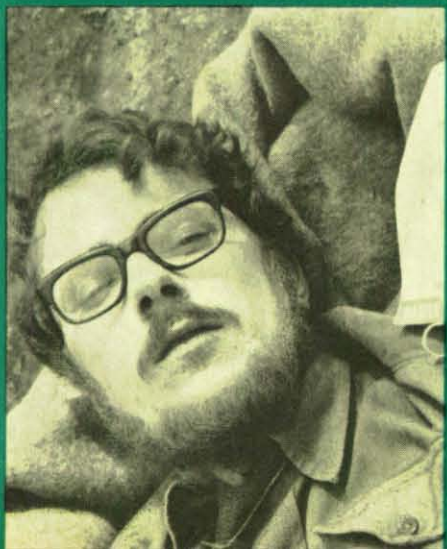
WIR HAAKON, der König von Norwegen, geben bekannt...

Das vom König
am 17. Juli 1953 unterzeichnete
Zivilschutzgesetz ist ein
sicheres Fundament für den
Aufbau einer wirkungsvollen
Zivilverteidigung

Schluß



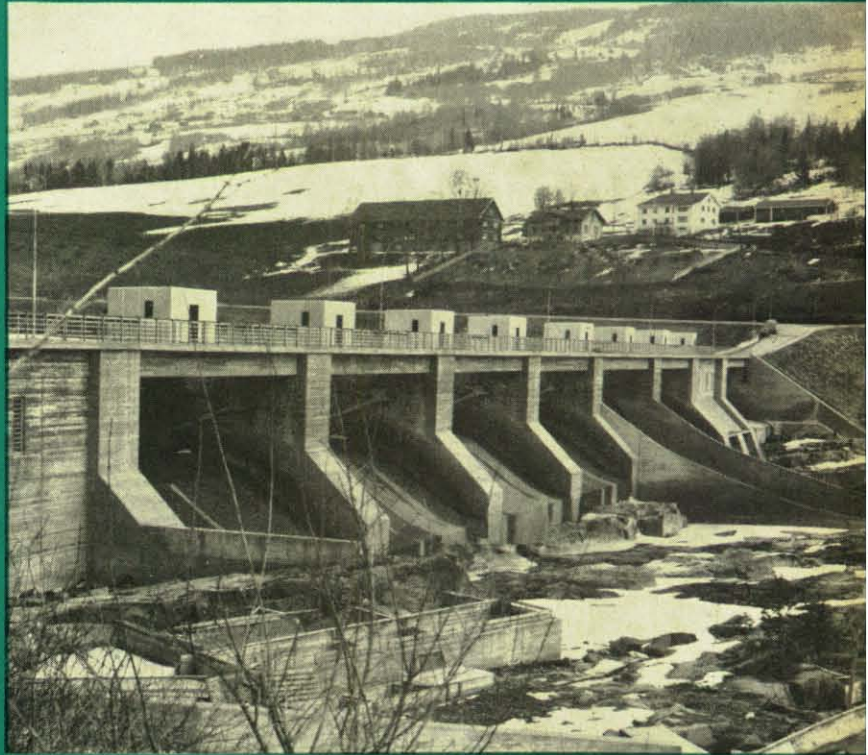
Auf Einladung der Zentralstelle des norwegischen Zivilschutzes fuhren im April Redakteur Helmut Freutel und Fotograf Günter Sers nach Norwegen, um sich an Ort und Stelle über den Stand und die Aufbauarbeit der Zivilverteidigung unseres NATO-Partners im hohen Norden zu orientieren. Lesen Sie im nachfolgenden Bericht, welche Anstrengungen das Land macht, um seine Bevölkerung vor den Gefahren eines Kriegs zu schützen. Teil I und II befaßten sich mit dem Zivilschutzgesetz, dem Aufbau der Organisation, der Dienstpflicht, dem Warn- und Alarmdienst, mit dem Schutzraumbauprogramm, dem Selbstschutz und den Evakuierungsplänen. Lesen Sie in diesem Heft u. a., welche ZS-Aufgaben die Gemeinden haben, welche Schutzmaßnahmen die Industrie treffen muß und wie die Praxis aussieht.



Vorbildliche Mehrzweckbauten gibt es in Moss. Oben: Blick in eine Felsenschutzanlage, die als Aufstellplatz für Zivilschutzkräfte dient. Darunter: Ein modernes Gymnasium, in dem die Aula ein Schutzraum ist (siehe Bild Seite 6). Links: Ein Verletzendarsteller.



Norwegen hat die viertgrößte Handelsflotte der Welt.
Links: Ein imposantes Bild von der Takelage
eines Segelschulschiffes.
Darunter: Szene während der Übung von über-
örtlichen Kolonnen zum Abschluß der Ausbildung.



Oben rechts: In Norwegen wird Elektrizität fast nur
durch Wasserkraft erzeugt. Unser Bild zeigt die Mauer
einer Talsperre, die das Wasser eines Flusses
im Gudbrandsdal staut. Das Kraftwerk selbst, in dem die
potentielle Energie des aufgestauten Wassers in
Elektrizität umgewandelt wird, liegt tief in einem
Felsen. Zwei Turbinen (rechts das Turbinenhaus) und
zwei Generatoren produzieren 595 Mill. kWh pro Jahr.





Links: Mehrzweckanlage in Moss: Schutzraum und Aula zugleich.
 Mitte: Vor dem Eingang zu einer Mehrzweck-Felsenschutzanlage geben Herren des Stadtrates von Moss den Zivilschutzredakteuren aus Norwegen und der Bundesrepublik nähere Informationen.
 Unten: So sieht die künftige Befehlsstelle der Schutzanlage aus.
 Rechte Seite: Auch diese Bilder spiegeln die vorbildlichen Einrichtungen der Anlage wider.
 Oben: Schlafkabine für Führungskräfte.
 Mitte: Hier wird demnächst der Mannschaftsraum eingerichtet.
 Unten: Das Bild vermittelt einen Eindruck von der Ausdehnung der Anlage. Die Grundfläche: 1500 m².

Aufgaben der Gemeinden

Ein Blick auf die Autokarte sagt mir, daß es von Oslo nach Moss 75 km sind. Das gibt mir Zeit, unterwegs im Wagen unseren Begleiter, Hellick O. Haugen, Redakteur der norwegischen Zivilschutzzeitschrift, über die besonderen Aufgaben zu befragen, die den Gemeinden im Zusammenhang mit dem Zivilschutz erwachsen. Doch zunächst erfahren wir einiges über die Stadt Moss, in der wir hervorragende Leistungen auf dem Gebiete des Zivilschutzes sehen werden.

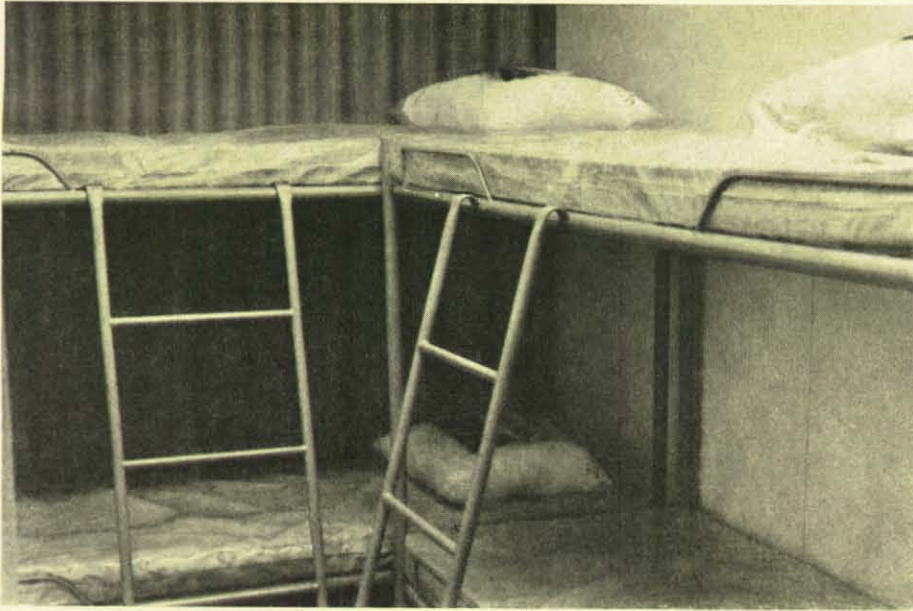
Die Stadt, an der Ostseite des Oslo-Fjords gelegen, hat 24 000 Einwohner und gehört zu den schnell wachsenden Industriestädten des Landes. Schon im Mittelalter gab es hier Sägemühlen und Salzkochereien. Später entstand ein Eisenwerk, das mit ei-



ner großen Produktion eine für den Ort ganz neue Epoche einleitete. Danach erlebte die Stadt eine Periode der Segelschiffe und des Schiffbaus und trat in das eigentliche Zeitalter der Industrie ein, das Moss noch heute seine Prägung gibt. Die heutige dynamische Entwicklung der Stadt ist nicht zuletzt auf ihre günstigen Verbindungslinien zurückzuführen. Die Europastraße 6 berührt die Stadt, die Eisenbahn von Oslo nach Schweden durchquert sie.

Die Zivilschutzaufgaben der Gemeinden sind vielseitig. Ihre Durchführung ist nicht dem guten Willen des Gemeinderates überlassen, sondern wird vom Gesetz vorgeschrieben.

Danach müssen die Gemeinden öffentliche Schutzräume bauen, ausrüsten und einrichten und sie für die Benutzung in einem Krieg instand halten.

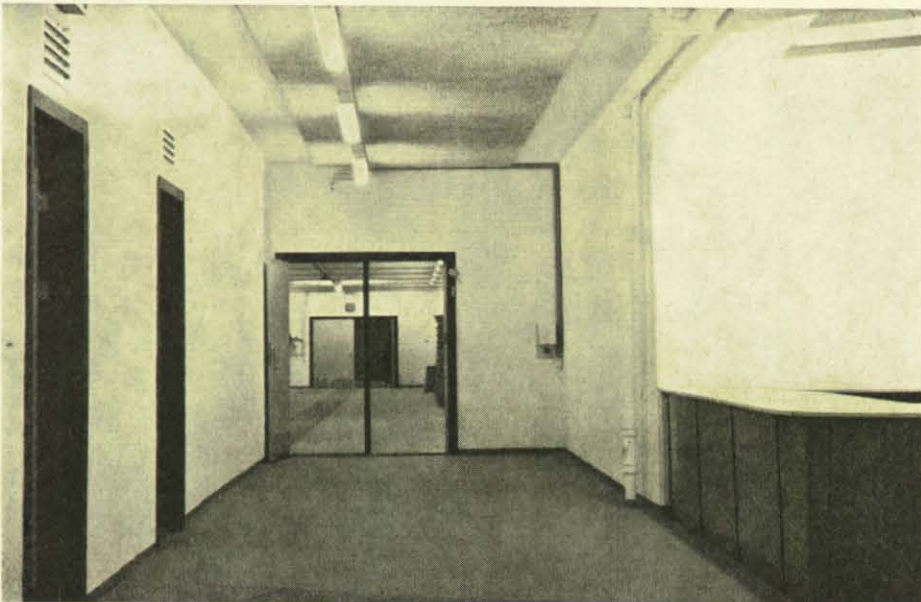
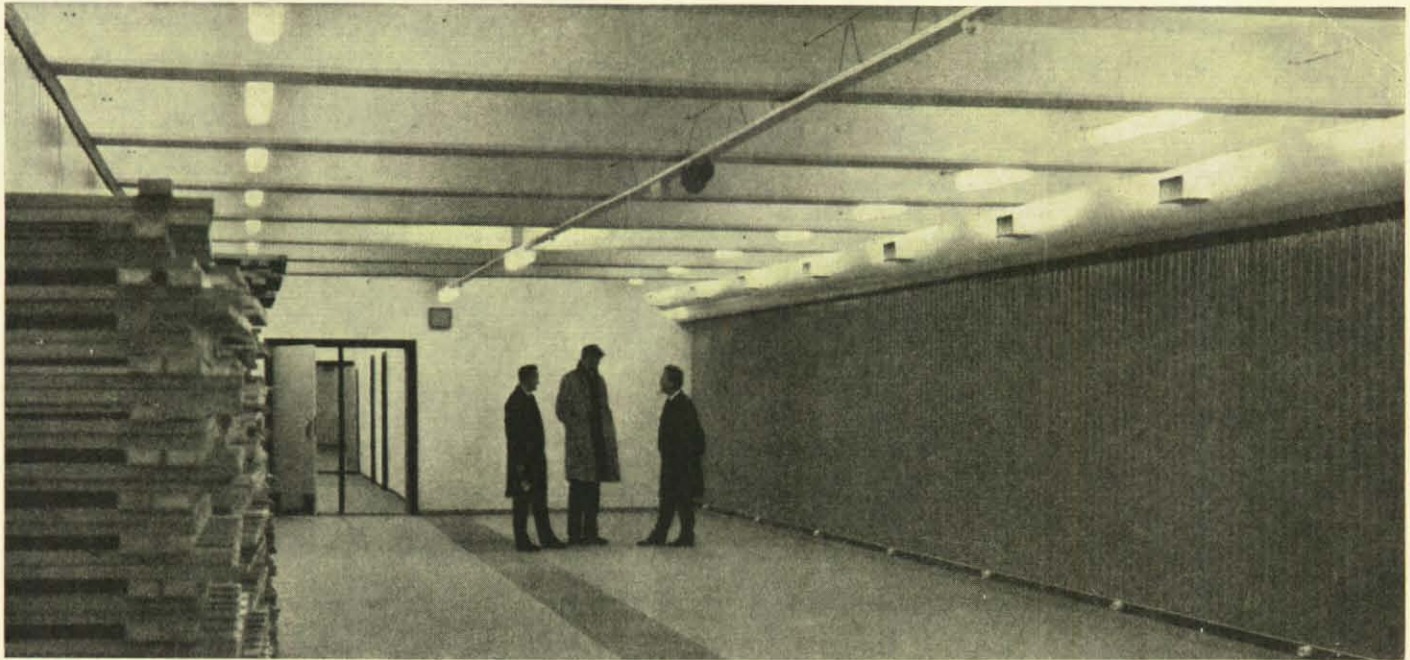


Die Gemeinden müssen Maßnahmen für die Versorgung mit Löschwasser treffen, was die Anlage von Reserven und die Sicherung kommunaler technischer Versorgungsanlagen mit einschließt.

Sie haben das örtlich vorhandene Zivilschutzmaterial zu verwalten und zu lagern.

Die Gemeinden sind verpflichtet, bei einem Einsatz des Zivilschutzes, aber auch zu Ausbildungszwecken, Material, kommunale Räume und Gelände zur Verfügung zu stellen. Für entsprechende Heizung, Licht und Sauberkeit dieser Räume haben sie ebenfalls zu sorgen.

Die Gemeinden müssen kommunalen Baugrund zum Bau von Zivilschutzanlagen zur Verfügung stellen und notwendige Veränderungen an den zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten zulassen.



Dafür zu sorgen, daß Dachböden geräumt, Bürgersteigkanten markiert und öffentliche Anlagen verdunkelt werden, zählt auch zu den Aufgaben der Gemeinden.

Im Zusammenhang mit den im II. Teil dieses Berichtes beschriebenen Evakuierungsmaßnahmen obliegt es den Gemeinden, an der Einquartierung, der Verpflegung und Unterstützung der Evakuierten mitzuarbeiten.

Sollten Wiederaufbauarbeiten notwendig werden — den Zeitpunkt bestimmt der örtliche Zivilschutzleiter —, so übernehmen die Gemeinden hierfür die Verantwortung.

Wie schon früher erwähnt, sind die Gemeinden in den örtlichen Zivilschutzräten vertreten, die die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Zivilschutz, der Kommune und den lokalen Hilfsorganisationen sicherstellen.

Im Rathaus heißen uns Bürgermeister Emil Andersen und einige Herren des Stadtrates sowie der Zivilschutzbeauftragte der Stadt, Bjarne Markussen, herzlich willkommen. Nach einem einführenden Gespräch besichtigten wir Zivilschutzanlagen der Stadt. Dazu ist zu bemerken, daß sich die Gemeinde Moss als Pionier auf dem Gebiet des Mehrzweckhauses betrachtet. Bezeichnend für die Initiative auf dem Sektor Zivilschutz ist, daß es für die 24 000 Einwohner jetzt schon für 5000 Menschen öffentliche und für 6000 Menschen private Schutzräume gibt, also fast für die Hälfte der 24 000 Einwohner.

Wir besichtigten einen Mehrzweckraum für 1000 Personen an einem Ort, an dem wir bestimmt keinen Schutzraum vermuteten. Er ist in das Fundament einer Brücke eingebaut und hat 1 m starke Betonwände. Dieser zweistöckige Schutzbau, der mit allen Aggregaten für Be- und Entlüftung und mit Wasserversorgungseinrichtungen und sanitären Anlagen eingerichtet ist, wird täglich benutzt. Er dient als Jugendzentrum. Die Bar für alkoholfreie Getränke, die Bilder an den Wänden, die Bühne, die Instrumente, Lautsprecher und Verstärker der Band deuteten darauf hin, daß die jungen Leute von diesen Räumen häufig Gebrauch machen. Es ist in dieser Mehrzweckanlage sogar möglich, daß zwei Jugendorganisationen gleichzeitig tagen, ohne daß sie sich gegenseitig durch Lärm und Kommen und Gehen belästigen. Den Lärm schlucken die Betonwände und die Stahltüren; jedes Stockwerk hat einen eigenen Ein- und Ausgang.

Geradezu vorbildlich sind auch die Schutzräume in Schulen und Gymnasien. Wir besichtigten u. a. einen Schutzraum, der den Schülern des Gymnasiums als Aula dient, der aber auch für größere Feiern der Bevölkerung benutzt wird.

Seine Wände haben eine Stärke von 60 cm Beton, sein Fassungsvermögen beträgt 400 Personen. Manch einer mag sich vorstellen, daß ein Bunker nicht gerade die richtige Stimmung zu Feiern und Vorstellungen aufkommen läßt. Doch diesem Schutzraum sieht man seinen eigentlichen Zweck nicht an. Alle Wände und Decken sind holzverkleidet. Die Fußböden sind mit Kunststoff ausgelegt. Be- und Entlüftungsanlagen sind hinter Holzrippen verschwunden, und viele, indirektes Licht spendende Lampen tauchen den mit Tischen und Stühlen ausgestatteten Raum in eine angenehme Atmosphäre. Alle Aggregate sind so in Nebenräumen untergebracht, daß ihr Betrieb nicht störend wirkt. Eine in einem weiteren Nebenraum untergebrachte Küche aus Kunststoff und nichtrostendem Stahl macht es möglich, die Schutzraumsinsassen im Frieden wie im Krieg zu versorgen.

Zeigten uns diese Schutzanlagen, wie sinnvoll sie friedensmäßig genutzt werden können, wenn man ihnen nur ein entsprechendes Äußeres gibt, so sollten wir das Paradestück eines Schutzraumes erst noch kennenlernen.

Die Stadt Moss ist durch einen 280 m langen Tunnel „Mosseporten“ mit der Europastraße 6 verbunden. Etwa von der Mitte dieses Tunnels aus führt ein Zugang zu einer zweistöckigen Felsenschutzanlage, die als Aufstellplatz für die örtlichen Zivilschutzkräfte der Gemeinde dient. Ein weiterer Zugang führt von einer Seite des Berges aus in die 1500 m² Grundfläche große Anlage. Dieser Zugang ist mit einem auf Rollen gelagerten „Sandwich-Tor“ verschlossen. Das Tor hat seinen Namen daher, weil es zwischen zwei starken Stahlplatten mit einer Schicht Beton gefüllt ist.

Allein der Blick von diesem Tor aus in die Felsenschutzanlage hinein genügte, um einem das Gefühl zu geben, daß vor dem Eingang nur noch die Fußmatte fehlte und der Hinweis „Bitte Schuhe abtreten“. Die Böden der Gänge und Räume waren blitzsauber und zum größten Teil mit Kunststoff-Fliesen ausgelegt. Dort, wo noch Felswände sichtbar waren, hatte man sie weiß gestrichen. Vor anderen Felswänden standen leuchtend rote oder gelbe Glasfaserwände. Die Luft war keineswegs feucht oder muffig,

und Kommandorräume, die für die Leitung und den Einsatz von Zivilschutzeinheiten notwendig sind. Dazu gehören Telefonzentralen, Konferenzräume, Krankenstuben und Verwaltungsräume. Es gibt einen großen Kommandoraum, einen ABC-Raum, einen Raum für den Chef des Stabes und für sein Sekretariat sowie Unterkunfts- und Schlafräume. Die kleinen Schlafräume mit zwei und drei Betten sind schon eingerichtet. Es gibt Steckdosen an allen Betten und Lautsprecher in allen Räumen. In den größeren Schlafräumen lagert das Material für

Unten: Vor einer Luftaufnahme des Ortes Raufoss erläutert der Leiter des Betriebsselbstschutzes eines bekannten Industriebetriebes, Öyvind Smeby (links), Redakteur H. O. Haugen die Lage der unterirdischen Werksanlagen. Die rechte Seite zeigt einen dorthin führenden Gang mit mehreren Schleusen.



wie man es in Felsenräumen eigentlich erwarten kann, sondern angenehm trocken und temperiert. Einen Blick auf das Hygrometer zeigte, daß wir uns dies nicht einbildeten. Besondere Aggregate regeln die Erwärmung der Luft, die bei andauernder starker Belegung ebenfalls gekühlt werden kann.

Diese Schutzanlage weist alle Bequemlichkeiten auf, die man sonst in Kasernen oder anderen Versammlungsorten für Einsatzpersonal findet. Hier gibt es moderne sanitäre Einrichtungen, Duschen und Waschanlagen mit heißem und kaltem Wasser, eine eingerichtete Küche mit einem Speiseaufzug zum oberen Stockwerk, ja selbst einen Dunstabzug. Hier findet man alle Dienst-

die Betten noch verpackt, da es sich so besser sauber halten läßt. Alle Kissen und Matratzen haben Kunststoffüberzüge.

Ein 50 m tiefer Brunnen sorgt für ausreichend Trinkwasser. Darüber hinaus gibt es noch ein 60 m³ großes Wasserreservoir.

Auch hier sind alle elektrischen Anlagen stoßsicher gelagert. Die Anlage kann sich selbst für lange Zeit mit Strom versorgen. Ein Diesel-Generator und eine Dieselölreserve von 10 000 l stehen dazu bereit.

Alles in dieser Anlage verwendete Material ist von guter Qualität. Wo es möglich war, Kunststoffe und nichtrostenden Stahl zu verwenden, hat man dies getan. Dem Einwand, daß man einen solchen Mehrzweck-

bau auch billiger hätte erstellen können, wenn man sich nicht so aufwendig eingerichtet hätte, begegnete man mit dem nicht zu widerlegenden Argument, daß die Anlage dann im Laufe der Jahre, wenn Feuchtigkeit und Rost ihre Wirkung tun, doch noch teurer werden würde.

Ein wenig scherzhaft, aber aus aufrichtiger Bewunderung für diesen erstklassigen, hotelähnlichen Schutzbau gaben wir ihm den Namen „Moss-Hilton“.

Mit den Herren des Stadtrates unterhielten wir uns über die Möglichkeiten einer friedensmäßigen Nutzung. Ohne weiteres können die Räume als Tagungsstätte für ver-

Struktur der Industrie dieses Landes geben.

Die Industrie ist heute der beherrschende Wirtschaftszweig. Ihr Anteil am Nationalprodukt und an der gesamten Beschäftigung ist größer als in irgendeinem anderen Wirtschaftszweig. Ganz allgemein pflegt man in Norwegen die Industrie in Exportindustrie und Inlandsindustrie einzuteilen. Obwohl das Warenangebot der norwegischen Ausfuhr während der letzten Jahre ständig gewachsen ist, kommt der größte Teil der Außenhandelseinnahmen weiterhin von den herkömmlichen Exportindustriestufen: der Holzindustrie, der elektrometallurgischen und elektrochemischen Indu-

Betriebe ganz auf ihre eigene Belegschaft angewiesen. Dies mag mit einer der Gründe sein, warum in der norwegischen Industrie die von den Behörden vorgeschriebenen Maßnahmen sorgfältig durchgeführt werden, obwohl alle anfallenden Kosten zu Lasten der Industrie gehen.

Im Jahre 1954 wurde dem Norwegischen Industrieverband auf Grund eines königlichen Erlasses zur Auflage gemacht, die Organisation des Betriebsschutzes durch einen Verband kontrollieren zu lassen. Dieser Verband, „Industrivernet“ genannt, wird von einem fünfköpfigen Ausschuss geleitet. An der Spitze steht der Direktor des Industrivernet, Paal Frisvold. Der Sitz des Organisationsausschusses ist in Oslo.

Von diesem Ausschuss wurde ein Betriebsschutzplan erarbeitet, der drei besonderen Aufgaben dient.

1. Er soll der Betriebsleitung einen Überblick über die gesetzlichen Vorschriften, Richtlinien und sonstigen Veröffentlichungen des industriellen Betriebsschutzes (nachfolgend kurz Betriebsselbstschutz genannt) verschaffen.

2. Er soll Hinweise geben, wie der Betriebsselbstschutz entsprechend den Erfordernissen des betreffenden Werkes organisiert werden kann.

3. Er soll zeigen, wie der Betriebsselbstschutz des Werkes organisiert ist, und eine Liste über Personal, Ausrüstung und Schutzmaßnahmen enthalten.

Dieser Betriebsselbstschutzplan muß jederzeit auf dem neuesten Stand gehalten werden. Er ist geheim und darf nicht mit aus dem Werk genommen werden. Vertreter des Industrivernet haben jederzeit das Recht, den Betriebsselbstschutz an Ort und Stelle zu überwachen. Dies gilt auch für den Distriktleiter und seinen Vertreter.

Betriebe mit einer Belegschaft von 40 Personen und mehr sind verpflichtet, einen Betriebsselbstschutz aufzubauen und entsprechende Schutzräume zu errichten.

Zum Betriebsselbstschutz gehören alle Aufgaben nichtmilitärischen Charakters zur Verhinderung von Schäden im Kriege und bei kriegsähnlichen Handlungen. Der Betriebsselbstschutz hat im Kriege dafür Sorge zu tragen, daß die Werkstätigkeit nicht unterbrochen wird. Es ist seine Aufgabe, im Werk auftretende Brände oder ähnliche Schäden zu verhindern oder zu bekämpfen. Die Betriebsleitungen sind dafür verantwortlich, daß die vorgeschriebenen Zivilschutzmaßnahmen auch getroffen werden, und zwar so, daß der Betriebsselbstschutz in Friedenszeiten zu jeder Zeit bei einer Alarmierung sofort in Aktion treten kann.

Mit der Leitung des Betriebsselbstschutzes betrauen die Geschäftsleitungen meistens leitende Angestellte. Ihnen sollen ebenfalls Stellvertreter zur Seite stehen. An diese Betraugten werden natürlich ganz besondere Anforderungen gestellt. Nicht nur müssen sie den Produktionsablauf des Werkes genau kennen, sondern sie müssen auch



schiedene Organisationen benutzt werden. Aber in Moss hat man noch andere Pläne. Da man hier ein großes Sportzentrum Norwegens einrichten will, hat man erwogen, Sportler, Betreuer und Anhang in den Räumen der Felsenschutzanlage unterzubringen.

Das Projekt wurde, wie bei allen anderen öffentlichen Schutzräumen, zu zwei Dritteln vom Staat und zu einem Drittel von der Gemeinde finanziert.

Schutzmaßnahmen der Industrie

Bevor wir uns im nächsten Kapitel dem Industrieschutz Norwegens zuwenden, möchte ich einen kurzen Einblick in die

strategie sowie der Fischindustrie. Von den typischen Inlandsindustriestufen sind die wichtigsten die Eisen- und Metallindustrie, die Lebens- und Genussmittelindustrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie. Trotz der beherrschenden Stellung der Industrie im Wirtschaftsleben findet man in Norwegen selten so starke Konzentrationen der Industrie wie in anderen westeuropäischen Ländern. Im allgemeinen sind die Industriebetriebe klein. 9500 Industrieunternehmen haben 5 oder mehr Angestellte und Arbeiter. Von diesen haben nur 75 mehr als 500 Mitarbeiter, während 205 Betriebe 200—500 Beschäftigte haben.

Viele Fabriken und Betriebe liegen außerhalb von Ortschaften. Im Falle von Unglücken, Katastrophen oder im Krieg sind die

wissen, wo sich im Werk die empfindlichen Stellen befinden. Es werden von ihnen gute Führungseigenschaften verlangt. Sie sollen auch das Vertrauen der Belegschaft besitzen. Ferner muß sichergestellt sein, daß sie im Falle einer Mobilmachung nicht zur Armee einberufen werden.

Es gibt große Werke, in denen sich die Zivilschutzbeauftragten nur ganz dieser einen Aufgabe widmen. In den meisten Fällen ist ihre Stellung aber mit der eines Inspektors für die Werksicherheit verbunden.

Gerade weil die Betriebe für alle Unkosten des Betriebsselbstschutzes alleine aufkommen müssen, ist es eine der Aufgaben des Betriebsselbstschutzleiters, darauf zu achten, daß alle Maßnahmen im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden Mittel so ausgeführt werden, daß ein Höchstmaß an Schutz und Wirtschaftlichkeit erreicht wird. Soweit wie möglich sollen bereits vorhandene Gebäude und Geräte benutzt und eine friedensmäßige Nutzung angestrebt werden. Erstellt der Betrieb Neubauten, wird er erweitert oder verändert, müssen die Selbstschutzmaßnahmen entsprechend angeglichen werden. Beim Bau neuer Werke wie auch bei ausgedehnten Änderungen müssen für die Belegschaft splittersichere Schutzräume gebaut werden. Dort, wo die Voraussetzungen gegeben sind, sollen auf Empfehlung des Industrivernet Schutzräume in die Felsen gebaut werden.

Der Rüstungsbetrieb im Felsen

Einen Musterbetrieb auf dem Gebiet des Zivilschutzes besuchten wir in Raufoss, einem etwa 120 km nördlich von Oslo gelegenen Ort. Das ganze Leben in diesem Ort mit seinen 6000 Einwohnern wird von der einen großen Rüstungs- und Munitionsfabrik beeinflusst. Die werktätige Bevölkerung arbeitet in diesem Werk oder findet ihre Beschäftigung durch dieses Werk. Der Ort, inmitten von sanften bewaldeten Bergen gelegen, besteht fast ausschließlich aus hübschen, bunten Einfamilienhäusern, zu denen pro Jahr noch weitere 60 bis 70 hinzukommen. Er hat ein großes Stadion, mehrere Sportplätze und eine Schwimmhalle. Hotels und Schulen sowie alle größeren Gebäude haben Schutzräume. Diese gibt es ebenfalls in vielen privaten Häusern.

Der Leiter des Zivilschutzes der Munitionsfabrik Raufoss ist gleichzeitig der Leiter des Zivilschutzes des Ortes Raufoss. Die für den Zivilschutz angeschafften Geräte und Ausrüstungen dienen sowohl dem Werk wie der Gemeinde.

In der unterirdischen Kommandozentrale des Betriebsselbstschutzes macht uns der Leiter, Öyvind Smeby, mit dem Aufbau der Organisation bekannt. So erfahren wir, daß der Aufbau eines Betriebsselbstschutzes immer der Betriebsart und den örtlichen Bedingungen entsprechen muß. Die Zahl der zum Betriebsselbstschutz gehörenden Personen muß im Verhältnis zur Betriebsgröße, der Zahl der Beschäftigten und der



Es gibt in Norwegen 14 überörtliche Kolonnen mit je 600 Mann, die drei von vier Distrikten angehören. Die Angehörigen dieser Kolonnen erhalten eine Grundausbildung von 40 Stunden Dauer und nehmen alle zwei Jahre an einer Wiederholungsübung von 14 Tagen Dauer teil. Zum Abschluß der Ausbildung erfolgt eine Übung. Sie dient insbesondere dem Zweck, Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu gewinnen. Unsere Bilder zeigen einige Phasen einer Übung.

Verletzbarkeit des Werkes stehen. Für die Stärke des Betriebsselbstschutzes gibt es folgende Richtzahlen: Bei Werken mit einer Belegschaft von etwa 200 Personen sollten 20 bis 30 Prozent der Beschäftigten aktiv im Selbstschutz mitarbeiten. Bei Betrieben mit einer Belegschaft von 200 bis 400 Mann sollten 30 bis 50 Prozent der Beschäftigten als Selbstschutzkräfte ausgebildet und aufgestellt werden. Ist das Werk sehr groß und hat es im Verhältnis zu seiner Größe nur wenig Beschäftigte, wie z. B. bei Gaswerken oder Raffinerien, so sollten alle Beschäftigten Angehörige des Betriebsselbstschutzes werden.

Obwohl die nicht für den Dienst in der Ar-

mee vorgesehenen Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren zum Betriebsselbstschutz dienstverpflichtet werden können, kommen in der Praxis alle freiwillig dieser Aufgabe nach.

Und so sieht im allgemeinen die personelle Gliederung eines Betriebsselbstschutzes aus: Leiter, Beobachtungsposten, Funk- und Fernsehgruppe, Ordner, Brandschutzgruppe, Erste-Hilfe-Gruppe, Räum- und Instandsetzungsgruppe, ABC-Gruppe, Betreuungsgruppe, Aushilfsgruppe.

Wie in anderen Betrieben wird auch in Raufoss das gesamte Personal hauptsächlich im Betrieb ausgebildet. Die betriebsangehörigen Lehrer haben ihre Ausbildung

durch den Zivilschutz erhalten. Bei Teilnahme an einem Lehrgang während der Arbeitszeit erhalten die Beschäftigten Verdienstaufschlag. Nehmen sie während ihrer Freizeit an der Ausbildung teil, erhalten sie eine Vergütung von 10 Kronen/Std. (5,60 DM). Diese Art der Bezahlung ist keine interne Regelung, sondern entspricht dem Abkommen zwischen dem norwegischen Unternehmerverband und den Gewerkschaften.

Die Betriebsschutzleiter sind verpflichtet, an den vom Industrivernet abgehaltenen Kursen mit einer Dauer von fünf Tagen teilzunehmen. Die Leiter der Brandschutz- und der Ersten-Hilfe-Gruppe nehmen ebenfalls an Lehrgängen des Industrivernet teil. Auch sind bei allen Kursen in den Zivilschutzschulen immer einige Ange-

seine Aufgaben im Kriege. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß in ungezählten Fällen durch das Vorhandensein von ausgebildetem Personal in den Betrieben Menschenleben gerettet, Gesundheit und Arbeitskraft erhalten und Betriebseigentum vor der Vernichtung bewahrt werden konnte.

In Raufoss hat man einen Teil des Produktionsbetriebes tief in den Felsen hineingelegt. Einige hundert Meter lange Gänge, durch mehrere Gasschleusen unterbrochen, führen zu großen Werkshallen, die unter 60 m Felsen liegen. Selbst eine Straße, die von Lkws wie auch von der Eisenbahn befahren werden kann, führt dorthin.

Die Arbeitsbedingungen in diesem Werk sind auf Grund der ausgezeichneten technischen Ausrüstung so gut wie in anderen

die Jahrhundertwende begann in Norwegen die Nutzung der gewaltigen billigen Kraftquellen. Sie hat dann in einer rapiden Entwicklung die Industrie wie das häusliche Leben revolutioniert. Die Jahresproduktion der Elektrizitätswerke beträgt heute 30 Millionen kWh. Der größte Teil dieser Elektrizitätsmenge, etwa 70%, geht an die Industrie, der Rest wird in den Haushalten verbraucht.

Viele norwegische Elektrizitätswerke befinden sich im Inneren der Berge. Das ist billiger und sichert eine bessere Ausnutzung des Kraftvorrats. Außerdem sind sie dort so gut wie unempfindlich gegen feindliche Angriffe.

Ein solches, in den Felsen gebautes Kraftwerk befindet sich in Hunderfossen, etwa 15 km nördlich der Stadt Lillehammer, am Eingang zu dem wegen seiner landschaftlichen Schönheit berühmten Gudbrandsdal.

Über die 280 m lange Sperrmauer führen wir zum Kraftwerk, in dem die potentielle Energie des aufgestauten Wassers über die in Gefällstufen zusammengefaßte Fallhöhe zwischen Ober- und Unterwasser planmäßig zur Energieerzeugung ausgenutzt wird. Zwei Turbinen (je 70 000 PS) und zwei Generatoren (je 56 000 kW) erlauben eine durchschnittliche Jahresproduktion von 595 Millionen kWh.

Der leitende Ingenieur, der uns durch die Anlage führte, vorbei an Generatoren, Turbinen, Transformatoren und Überwachungsschacht, war von der Unverletzbarkeit des Kraftwerkes bei einem Angriff überzeugt. Auch wir, die das wunderbare Bauwerk besichtigten, das an Ibsens Halle des Bergkönigs erinnerte, mußten uns seiner Auffassung anschließen.



hörige des Betriebsschutzes anwesend. Die Ausbildung ist auch hier kostenlos. Verdienstaufschlag und Reisekosten werden von den entsendenden Betrieben erstattet.

Alle am Betriebsschutz teilnehmenden Beschäftigten erhalten eine persönliche Ausrüstung. Diese muß bestehen aus Schutzhelm, Schutzmaske und Armbinde. Darüber hinaus stellen die meisten Betriebe noch Schutzbekleidung und Gummistiefel zur Verfügung. Die gelben Schutzhelme tragen das Emblem des Industrivernet und je nach Dienstgrad einen oder mehrere schwarze Streifen.

Der Betriebsschutz findet nicht nur

Betrieben auch. Fälle von Klaustrophobie (Angst in geschlossenen Räumen) sind nicht häufiger als in anderen Betrieben.

Schutz von Kraftanlagen

In Norwegen wird Elektrizität fast ausschließlich durch Wasserkraft erzeugt. Diese Elektrizität ist es, die als das moderne Wunder des Landes angesehen wird und als einer der Hauptgründe für den hohen Lebensstandard. Die vielen Seen sorgen für billige Reservoirs. Weil neue Elektrizitätsprojekte geschaffen wurden, sind viele Täler in Seen verwandelt worden. Erst um

Die Zivilschutzkräfte

Was sind Gesetzgebung, Schutzraumbauprogramm, Warn- und Alarmdienst und Evakuierungspläne ohne die Menschen, die den Schutz der Bevölkerung, die Rettung der in Not geratenen Menschen, die Erhaltung von Hab und Gut erst möglich machen? Was ist der Zivilschutz ohne die Tausende von Helfern, Ausbildern, Führern und Spezialisten? Sie alle geben diesem Zweig der zivilen Verteidigung erst das Gewicht und machen die Organisationen lebens- und arbeitsfähig. Ohne die Kräfte des örtlichen Zivilschutzes, ohne die Hilfsdienste für die zusammengefaßten Wohnungsgemeinschaften, ohne das Personal für die öffentlichen Schutzräume und für den Evakuierungsdienst und ohne die Angehörigen der überörtlichen Kolonnen bliebe die Organisation ein bloßes Gerippe.

Wir hatten Gelegenheit, einer Übung beizuwohnen, die Einsatzkräfte der überörtlichen Kolonnen zum Abschluß ihrer 14tägigen Ausbildung abhielten. Es gibt in Norwegen 14 überörtliche Kolonnen mit je 600 Mann, die drei von vier Distrikten angehören

(siehe Organisationsschema in ZB 6, Seite 11). Die Angehörigen dieser Kolonnen erhalten eine Grundausbildung und nehmen alle vier Jahre an einer Wiederholungsübung teil. Grundausbildung und Wiederholungsübung dauern je zwei Wochen.

In einem Lager, das gleichzeitig als Aufstellungsplatz dient, stellte uns der Leiter der mobilen Kolonne, Leif Kvalum, seinen Vertreter Arne Eriksen und seinen Stab vor. Dann wurden wir in den Übungsplan eingeweiht. Doch bevor wir gemeinsam zum vorgesehenen und vorbereiteten „Schadensgebiet“ ausrückten, hatten wir Gelegenheit, den großen Wagenpark mit Krankenwagen, Abschleppwagen, Jeeps, Löschfahrzeugen, Transport-, Reparatur- und Versorgungsfahrzeugen zu besichtigen.

Dann, pünktlich um 13 Uhr, rückte die auf knapp über 100 Mann reduzierte Kolonne aus. In die Übung war alles eingebaut, was der Praxis diene. Die Fahrer sollten Übung im Kolonnenfahren erhalten, die Mannschaften sollten innerhalb ihrer Einsatzgruppe, aber auch im Zusammenwirken mit anderen Gruppen Erfahrung bekommen, und die Köche sollten zeigen, was sie vom Feldküchendienst verstanden.

Um 13.25 Uhr traf die Vorausabteilung im „Schadensgebiet“ ein und sondierte die Lage. Ein Bombenangriff, der Verluste unter der Bevölkerung und Schäden und Brände an Häusern verursacht hatte, war Ausgangspunkt der Lage. Als kurz darauf die Kolonne eintraf, zeigten Führer und Mannschaften, was sie gelernt hatten.

Das Wasser zur Brandbekämpfung wurde einem nahe gelegenen Bach entnommen, Schläuche wurden ausgerollt und gekuppelt. Kommandos erschallten, und im Nu spritzte aus einer Reihe von Strahlrohren das Wasser in die durch Rauchbomben, bengalischem Feuer und brennendem Öl markierten Brandstellen.

Die Erste-Hilfe-Gruppe hatte alle Hände voll zu tun. Überall fanden sie „Verletzte“, die, realistisch geschminkt, auch akustisch ihre Rolle naturgetreu spielten.

Funk- und Fernsprechverbindungen wurden hergestellt, Sanitätswagen transportierten „Verletzte“ ab, Schiedsrichter und Schiedsrichterinnen notierten ihre Beurteilungen, Melder auf Motorrädern hielten Verbindung zwischen den im Gelände weit auseinandergesetzten Gruppen.

Alles wirkte sehr echt. Nicht weil die Übung reibungslos abläuft, sondern gerade weil es kleine Pannen gab, weil der eine oder andere Helfer seinen Helm verlor, sein Kopfpelz mit der Feldflasche und den Taschen so verrutschte, daß es im Wege war, weil man um manche Ausrüstungsgegenstände mehrmals laufen mußte, da man diesen oder jenen Teil mitzunehmen vergaß. Doch das ist ja gerade der Sinn von Übungen, daß man durch Praxis auf die vielen kleinen Tücken aufmerksam wird.

Es zeigte sich auch, daß die Helfer viel gelernt hatten. Insbesondere die manuellen

Betätigungen bei der Brandbekämpfung, Rettung und Ersten Hilfe klappten ausgezeichnet. So konnte der Leiter der Kolonne und seine Schiedsrichter am Schluß der Übung den Teilnehmern ein verdientes Lob aussprechen.

Nach Abschluß des Lehrgangs kehren alle Teilnehmer wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Kaserniert werden diese Einheiten nur in Spannungszeiten oder in einem Krieg. Die persönliche Ausrüstung nehmen sie mit nach Hause, die allgemeine Ausrüstung verbleibt in den Lagern.



Die Gesamtzahl der Zivilschutzkräfte, die aufgestellt, ausgerüstet und ausgebildet wird, beläuft sich auf 128 000 Personen. Davon entfallen 75 000 auf örtliche Einheiten, 10 000 auf überörtliche Kolonnen, 40 000 auf den Industrieschutz und 3000 auf den Schutz der Eisenbahnen.

Und die Bevölkerung?

Zivilschutz ist eine Aufgabe, die nicht nur die Behörden und die Einsatzkräfte angeht, sondern mit der sich jeder Staatsbürger befassen muß. Deshalb ist es auch das Ziel der vom Direktorat für Zivilschutz durchgeführten Öffentlichkeitsarbeit, durch sachliche Aufklärung die Bevölkerung über Gefahren eines Krieges zu unterrichten, sie Selbstschutzmaßnahmen zu lehren und das Vertrauen in Zivilschutzmaßnahmen zu festigen.

Eine vor einiger Zeit durchgeführte Befragung der Bevölkerung hat ergeben, daß 83% eine Zivilschutzaufklärung für notwendig halten, 7% glauben, diese sei überflüssig und 10% keine Meinung dazu hatten.

Die Befragung ergab ebenfalls, daß 53%

der Bevölkerung wissen, daß es drei Sirensignale gibt. Über die Gefahren radioaktiver Niederschläge wußten 70% der Bürger Bescheid, der Rest hatte keine Ahnung. Nur 44 000 Bürger (bei einer Bevölkerungszahl von 3,8 Millionen) haben bisher freiwillig an Selbstschutzkursen teilgenommen.

Mit Schutzmasken kann bis jetzt nur jeder 13. Bürger ausgerüstet werden.

Diese Zahlen zeigen, daß auch in Norwegen, trotz aller Mühen und Anstrengungen der Verantwortlichen, trotz guter gesetzli-

Oben: Das Bergen von Verletzten durch Angehörige des überörtlichen Zivilschutzes. Rechts: Gemeinschaftsübung der verschiedenen Fachdienste.

cher Grundlagen und trotz eines Budgets, das seit 1961 ganz im Gegensatz zu dem Zivilschutzbudget der Bundesrepublik ständig gestiegen ist, noch viel zu tun bleibt, um dem Zivilschutz innerhalb der Gesamtverteidigung die Stärke zu geben, die er zu seiner vollen Wirksamkeit benötigt.

Vergleiche mit der Bundesrepublik

Um einen Vergleich zwischen dem norwegischen Zivilschutz und dem in der Bundesrepublik anzustellen, ist es m. E. erforderlich, einen Blick auf das Verteidigungswesen der Länder zu werfen. Hier ergibt sich eine gewisse Übereinstimmung, da beide Länder Mitglieder der Nordatlantikpaktorganisation (NATO) sind. Auch Norwegen unterhält eine Streitmacht, die ihrem Auf-

bau nach defensiven Charakter trägt. Nach seiner strategischen Lage ist Norwegen ebenso wie die Bundesrepublik als verletzbar anzusehen. Beide Länder haben sich in Erkenntnis der Tatsache, daß einem Land allein bei einem Angriff auf sein Territorium nur in bescheidenem Umfang die Möglichkeit zur wirksamen Abwehr gegeben ist, dazu entschlossen, ihre friedliche Existenz durch einen Beitritt zur NATO zu sichern.

Um einige Längen voraus

Die Aufgaben der Zivilen Verteidigung sind hier wie dort die gleichen. Es gilt, sich unter Berücksichtigung möglichst vieler, als real anzusehender Kriegsbilder vorbereitend auf einen Ernstfall einzustellen. Hier ist Norwegen der Bundesrepublik um einige Längen voraus. Der Hauptgrund ist einmal darin zu suchen, daß das Land seit 1953 ein Zivilschutzgesetz hat, das als ein sicheres Fundament für den Aufbau eines wirkungsvollen Zivilschutzes angesehen werden kann. Das Vorhandensein dieses Gesetzes und nicht ein jahrelanges Tauziehen und Hin und Her hat das Vertrauen der Bevölkerung Norwegens in ihren Zivilschutz nicht geschmälert, sondern gestärkt.

Beim Aufbau des Zivilschutzes hat man von Anfang an eine Vielgleisigkeit und ein rivalisierendes Nebeneinander wie in der Bundesrepublik vermieden.

Die Verwaltungszuständigkeiten der Regie-

rung waren in Norwegen von Anbeginn klar abgegrenzt.

Das frühe Vorhandensein von Vorschriften zur Ausführung baulicher Schutzmaßnahmen hat zur Zeit des Wiederaufbaus und der fortschrittlichen Entwicklung Norwegens ein Schutzpotential entstehen lassen, dessen Schaffung in der Bundesrepublik kaum noch aufzuholen ist. Ohne Schutzraumbau gibt es aber keine glaubhafte Zivilverteidigung, und ohne diese keine glaubhafte militärische Abschreckung.

Auf dem Gebiete des Warn- und Alarmdienstes erscheint das Netz von Sirenen in der Bundesrepublik zwar dichter und zuverlässiger als im weniger dicht besiedelten Norwegen, doch scheint bei uns die Abhängigkeit der Sirenen vom öffentlichen Netz wie vom Telefonnetz auch eine gefährliche Anfälligkeit aufzuweisen.

Beim Aufbau des Selbstschutzes, der örtlichen wie überörtlichen Hilfsdienste gibt es trotz einiger Abweichungen im allgemeinen große Übereinstimmung.

Erfreulich gut organisiert und entwickelt ist der norwegische Betriebsselbstschutz, während er in der Bundesrepublik nach anfänglich erfolgversprechender Entwicklung auf Grund der Einfrierung der Gesetzgebung fast völlig zum Erliegen gekommen ist.

Überall gibt es Wasser

Auf dem Gebiete der Trinkwasserversorgung einen Vergleich ziehen zu wollen, ist

wenig sinnvoll, da ohne große Maßnahmen diese in einem wasserreichen Land wie Norwegen von vornherein gesichert ist.

Auf dem Gebiet der Sanitätsmittel — wie auch der Lebensmittelbevorratung — scheint die Bundesrepublik mehr getan zu haben als Norwegen.

Es wird noch eine Reihe von Unterschieden im Zivilschutz unserer beiden Länder geben. Sie haben jedoch alle mehr oder weniger ihre Ursache in einem der bereits angeführten Gründe oder in der unterschiedlichen geographischen oder gesellschaftlichen Struktur unserer Länder.

Widerstandskraft erhalten

Der Nordatlantikpaktvertrag lautet in Artikel 3: „Um die Ziele dieses Vertrages besser zu verwirklichen, werden die Parteien einzeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe erhalten und fortentwickeln.“

Das bedeutet, daß die Bündnispartner auch ihr ziviles Verteidigungspotential aufrechtzuerhalten und aufzubauen haben und sich auf alle Eventualitäten, die im Falle eines Krieges eintreten können, vorbereiten müssen.

Die Vorbereitungen unseres NATO-Partners Norwegen entsprechen diesem Ziel.



Wilhelmshaven, die 100 Jahre alte Industrie-, Handels- und Hafenstadt am Jadebusen, die im Kriege über 100 Luftangriffe erlebte, in der ganze Wohnviertel durch Fliegerbomben in Trümmerfelder verwandelt wurden, und die beklagenswerte Verluste an Menschenleben erlitt, diese Stadt, die sich mit großem Behauptungswillen zum größten deutschen Ölhafen entwickelt hat, veranstaltete unter starker Beteiligung aller Hilfsorganisationen eine Katastrophenschutzwoche, die in der Bevölkerung ein starkes Echo fand.

Eröffnung

Eröffnet wurde die Katastrophenschutzwoche in der Volkshochschule durch den Leiter des Katastrophenschutzes, Stadtdirektor Dr. Meyer-Abich. Als Gäste wurden u. a. begrüßt: Leitender Reg.-Direktor Onnen, Oldenburg, als Vertreter des Verwaltungspräsidenten; BVS-Landesstellenleiter Walter Jörn; Landesbeauftragter des THW, Schneider; der Geschäftsführer des Landesverbandes des DRK, von Bredow; Stadtdirektor H. W. Fink als Leiter des Zivilschutzamtes Wilhelmshaven sowie Ratsmitglieder und Vertreter des öffentlichen Lebens.

Dr. Meyer-Abich setzte sich mit der Frage „Warum Katastrophenschutz?“ auseinander. Aufgabe der Stadtverwaltung sei es, der Bürgerschaft ein geordnetes Zusammenleben zu gewährleisten sowie Vorsorge für außergewöhnliche Fälle zu treffen.

Außer Unglücken und Katastrophen gehören dazu Geschehnisse, die durch abnormes Verhalten der Elemente hervorgerufen werden.

In Katastrophenfällen reichten die Kräfte, die einer Verwaltung im Alltag zur Verfügung stehen, nicht aus. Doch die Stadt Wilhelmshaven habe zahlreiche Bürger, die sich freiwillig und ehrenamtlich ständig bereithalten, um Hilfe zu leisten, wenn Not am Mann ist.

Leider erwiesen große Bevölkerungsteile dem Zivilschutz noch immer nicht die ihm gebührende Würdigung und Unterstützung, weil der Begriff bei ihnen unliebsame Assoziationen wecke. Doch zur Abwehr der täglich drohenden Gefahren brauche man nun einmal den Zivilschutz. Leider habe der Bund nicht ausreichende Mittel für die Hilfsorganisationen übrig, und so falle die Last den Städten und Gemeinden zu.

Die Teilnehmer an der Eröffnungsveranstaltung sahen anschließend Filme vom Deichbruch im Jahre 1954 und von der Flutkatastrophe in Wilhelmshaven und Hamburg im Jahre 1962. Nur allzu deutlich zeigte es sich hier, wie wichtig und notwendig die ständige Einsatzbereitschaft der Hilfsorganisationen ist.

In einem Referat über das Thema „Katastrophenvorsorge heute“ sprach dann BVS-Landesstellenleiter W. Jörn zu den Gästen. Als Einsatzleiter während der Flutkatastrophe in Hamburg 1962 konnte er aus einem reichen Erfahrungsschatz berichten.

Das Programm

Das Programm der Katastrophenschutzwoche war sehr abwechslungsreich. Hier ein Überblick über einige der herausragenden Veranstaltungen:

Sonnabend: Schaumlöschvorführungen der freiwilligen Feuerwehr auf dem Rathausplatz. Es musizierte der Spielmannszug der Wache Oldeooge Straße.

Sonntag: Hilfsorganisationen stellten sich vor. Der Spielmannszug des THW, Ortsverband Westerstede, gab ein Platzkonzert. Der Kreisverband des DRK Wilhelmshaven zeigte und erläuterte „Sofortmaßnahmen am Unfallort“. Der BVS hatte für die Dauer der Katastrophenschutzwoche eine Ausstellung aufgebaut, und der Filmwagen des BVS zeigte ein auf Wilhelmshaven zugeschnittenes Programm. Der Ortsverband des THW demonstrierte die Anwendung der Sauerstofflanze beim Durchbrennen starker Betonwände. Auch andere Zivilschutzorganisationen gaben Einblick in die Tätigkeiten ihrer Fachdienste. Dabei lernten die Besucher u. a. Fahrzeuge des Zivilschutzes, die Feldküche, Wasseraufbereitungsanlagen, Boote, Pontons, Beatmungsgeräte, Werkzeuge sowie ein Sanitätzelt mit Operationseinrichtungen kennen.

Sonnabend: Sommernachtsball der Katastrophenschutzorganisationen im Schützenhof.

Das Sandsackfüllgerät

Von den gezeigten Geräten verdient m. E. eines ganz besonders eine ausführliche Beschreibung, und zwar handelt es sich um das in Wilhelmshaven entwickelte Sandsackfüllgerät. Es ist ein modifizierter Streuwagen, mit dem in kurzer Frist und auf verhältnismäßig leichte Weise tonnenweise Sand in Säcke gefüllt werden kann.

Dazu sagte uns Stadtdirektor H. W. Fink: „Wer einmal bei Dunkelheit, Sturm und Regen ‚von Hand‘ Sand in Säcke abfüllen mußte, weiß, wie kräftebindend und zeitraubend diese Tätigkeit ist. Bei Hochwasser oder Sturmfluten benötigt man zur Sicherung von Fluß- und Seedeichen eine große Anzahl gefüllter Sandsäcke, ebenso wie bei der Abdichtung von Kellerfenstern, Hauseingängen oder besonders gefährdeten Gebäudeteilen.“

In der Nacht vom 17. zum 18. Februar 1965 saß die Stabs- und Fachdienstgruppe des Katastrophenstabes der Stadt Wilhelmshaven in der Befehlsstelle und verfolgte an den eingehenden Meldungen die Entwicklung der Sturmflut. Draußen peitschte der

» BEREIT SEIN
FÜR ALLE «

Katastrophenschutzwoche in Wilhelmshaven

Montag: Kostenloser Filmabend im DRK-Heim.

Dienstag: Tag der Feuerwehr. Um 19.30 Uhr begann auf dem Rathausplatz die Wettkampfausbildung der Freiwilligen Feuerwehr.

Mittwoch: Der Zivilschutzdienst gab Einblick in die vielseitige und interessante Ausbildung seiner Helfer in den verschiedensten Fachdiensten.

Donnerstag: Der BVS zeigte um 20.00 Uhr auf dem Übungsplatz an der Jadestraße den Einsatz von Rettungshunden bei der Suche nach Verschütteten. Die Rettungshunde wurden mit einem Hubschrauber in die Nähe der Schadensstelle eingeflogen.

Freitag: Filmabend im THW-Heim.

Nordwest das Wasser gegen die Deiche. Die Helfer der Katastrophenschutzorganisationen waren vorsorglich alarmiert und warteten an ihren Alarmplätzen auf Einsatzaufträge. In dieser Nacht kam der Gedanke auf, daß sich das Füllen von Sandsäcken doch mechanisieren und rationalisieren lassen müsse. Die Helfer seien doch viel wertvoller eingesetzt beim Einbauen der gefüllten Sandsäcke in Schadensstellen als beim umständlichen, zeitraubenden Füllen der Sandsäcke.

Weitere Erkundungen und Überlegungen führten dann zu der Erkenntnis, daß die vom Betriebsamt der Stadt für den Winterdienst verwendeten Streu-Automaten durch ein kleines Zusatzgerät leicht zu einem



Fallrohr mit dem Streuteller nach unten gerichtet ist, wird es für den Einsatz als Füllgerät nach oben gerichtet. Das kann mit wenigen Handgriffen durch den Fahrer des Kraftwagens geschehen. Nach Öffnung der Revisionsklappe läßt sich dann das Füllgerät mit zwei angeschweißten Krallen am Scharnier der Klappe einhaken. Durch einen Gummiknebel, wie er zur Verriegelung von Motorhauben bei Lastkraftwagen verwendet wird, läßt sich das Füllgerät fest mit dem Fallrohrstützen verbinden. Durch einen einfachen Handhebel wird in dem Füllgerät eine Klappe bewegt, die jeweils nur einen der beiden Abfüllstützen für den Durchlauf des Sandes freigibt.

Zur Bedienung des Füllgerätes gehören der Kraftfahrer und sechs Helfer. Zwei Helfer füllen den Sand am Gerät wechselweise ab. Die beiden folgenden Helfer nehmen den gefüllten Sandsack ab und halten ihn oben zusammen. Die beiden letzten Helfer sind mit je einem Rödeleisen ausgerüstet, wie sie von Eisenbindern auf Baustellen verwendet werden. Außerdem benötigen sie einen ausreichenden Vorrat an Drahtschlaufen mit zwei Ösen. Eine dieser Ösen streifen sie über den Haken des Rödeleisens, führen das freie Ende der Schlaufe um den Hals des Sandsacks und hängen die freie Öse ebenfalls über den Haken des Rödeleisens. Durch zwei Züge des Rödeleisens ist der Sandsack dann verschlossen und transportfertig. Mit einer solchen Gruppe können leicht mehr als 500 Sandsäcke in einer Stunde gefüllt und verschlossen werden. Das Gerät kann unmittelbar an

In Wilhelmshaven demonstrierten die verschiedenen im Zivilschutz tätigen Organisationen eine Woche lang ihre vielseitigen und abwechslungsreichen Aufgaben, um dadurch neue Mitarbeiter zu gewinnen.

Sandsack-Füllgerät umgerüstet werden können. Der Hersteller der Streu-Automaten nahm die Anregung gerne auf und stellte ein solches Zusatzgerät her. Die damit vor einem interessierten Personenkreis angestellten Versuche ergaben die Zweckmäßigkeit des Gerätes. Inzwischen sind alle Streu-Automaten des Betriebsamtes der Stadt Wilhelmshaven mit diesem Zusatzgerät ausgestattet worden.

Die Streu-Automaten können auf der Pritsche jedes größeren Lastkraftwagens ohne jede Montage betrieben werden. Der Sandtrichter faßt, je nach Größe des Automaten, 3—4 cbm Sand. Der Sand soll möglichst ein wenig körnig sein, damit er nicht klumpt. Durch einen zum Automaten gehörigen Otto-Motor wird eine Transportschnecke angetrieben, die den Sand aus dem Trichter über das Fallrohr transportiert. Während für den Streueinsatz das





einer Sandgrube oder einem Sandlager, in einer beleuchteten Halle oder auch an der Schadensstelle stationiert werden. Man kann auch mehrere Geräte zusammen mit einem Mobilader in Sternform aufstellen, wenn ausreichende Stellfläche vorhanden ist.

Das einfache Zusatzgerät bildet eine wertvolle Bereicherung der Geräteausstattung des Katastrophenschutzes. Trotzdem werden auch weiterhin Schaufeln in ausreichender Zahl für alle Fälle bereitgehalten."

Rettungshunde kamen aus der Luft

Ein herausragendes Ereignis während der Katastrophenschutzwoche war eine vor Zuschauern ausgetragene Übung von Helfern der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven.

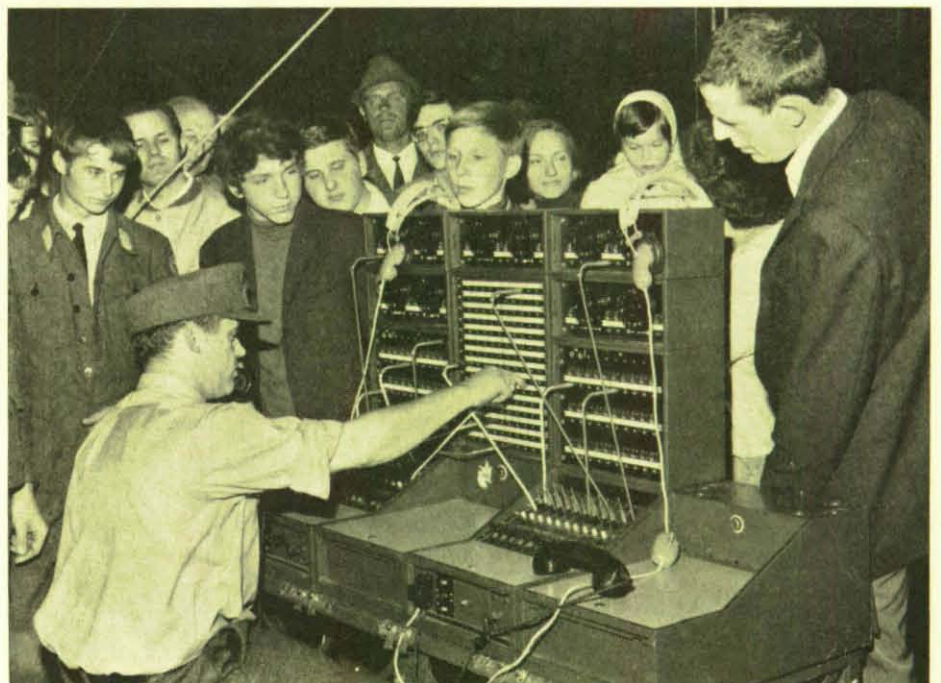
Dabei ging es nicht allein um die Demonstration der Bergung von Verschütteten durch Selbstschutzkräfte unter Verwendung von Rettungshunden, sondern auch um das Gewinnen von Erfahrungen über das Verhalten ausgebildeter Rettungshunde während eines Transportes per Hubschrauber in ein Schadensgebiet und danach.

Übungsleiter war Dienststellenleiter Werner Willms, der die Übungslage wie folgt darstellte:

„Durch Explosion unbekannter Ursache sind am Donnerstag, dem 26. 6. 1969, gegen 10.00 Uhr, mehrere Wohn- und Betriebsgebäude Ecke Jadestraße/Anton-Dohrn-Weg zerstört worden. Auch im übrigen Stadtgebiet sind an vielen Stellen Gebäudeschäden und Brände entstanden. Unter einem zertrümmerten 4-Familienhaus werden Verschüttete vermutet. Kräfte des Selbstschutzes haben bei der Katastrophenschutzleitung den Einsatz von Rettungshunden beantragt. Drei ausgebildete Rettungshunde stehen im benachbarten



Als geeignete Übungsobjekte erwiesen sich wieder einmal ausgezeichnete Kraftfahrzeuge, um den Zuschauern, die sich in großer Zahl eingefunden hatten, Geräte und Ausrüstung, praktisches Können und wirksame Hilfe zeigen zu können. Ob Brennschneiden (oben), Löschen (Mitte) oder Nachrichtentechnik (unten), schnell erkannten die Zuschauer, daß es sinnvoll ist, Katastrophenschutzorganisationen als einheitliches Instrument für Katastrophen im Frieden und im Kriege zu haben.



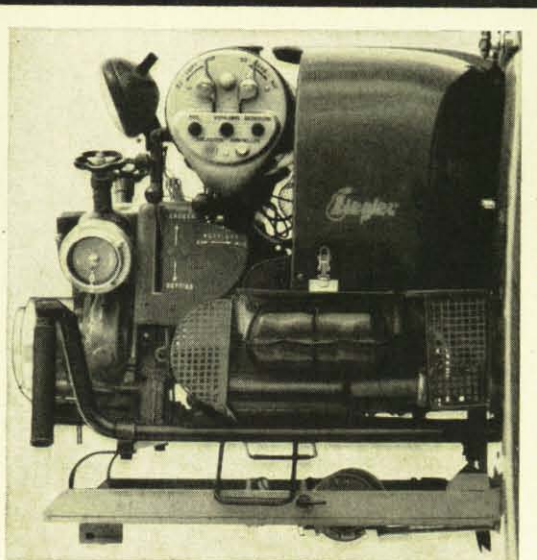
Wenn es brennt, verläßt sich sogar die Konkurrenz auf VW.



Es gibt kaum ein Feuerlöschfahrzeug in Europa, dem VW nicht das Wasser reicht. Denn fast alle sind mit dem VW-Industriemotor als Antriebsaggregat für die Tragkraftspritze ausgerüstet. Nur sind sie deshalb leider noch lange keine VWs.

Es gibt nur einen Feuerlöschwagen, der außer dem VW-Industriemotor noch einen VW-Motor hat: Der VW Feuerlöschwagen.

Sein luftgekühlter Heckmotor ist jederzeit zu Spritztouren bereit. Große, belastete Antriebsräder sorgen auch bei harter Dauerbeanspruchung dafür, daß Sie sicher und schnell



zur Stelle sind. Mit drei Kollegen. Und ihrer gesamten Ausrüstung griffbereit hinter der Hecktür. Durch die große Seitentür ist die beliebte Tragkraftspritze auf Schienen schnell nach vorn gezogen. Und ebenso einfach ausgeladen. Weil die VW-Ladebühne nur 51,0 cm über der Erde liegt.

Sie sehen, wir haben uns alle erdenkliche Mühe gegeben, ein vernünftiges Löschfahrzeug zu bauen. Und noch dazu zu einem so vernünftigen Preis. Verlassen Sie sich also in Zukunft nicht nur auf einen VW-Motor. Sondern auf zwei.





Besondere Aufmerksamkeit fand ein in Wilhelmshaven entwickeltes Sandsackfüllgerät (oben). Mit diesem modifizierten Streuwagen kann in kurzer Frist tonnenweise Sand in Säcke gefüllt werden. Rechts: Auftakt zu einer großen Übung des BVS war die Landung eines Hubschraubers mit Rettungshunden und Hundeführern an Bord.

Landkreis Friesland zur Verfügung. Der Verbindungsmann des Verteidigungskreis-kommandos 242 hat dem Leiter des Katastrophenschutzes beim SAR-Kommando Jever einen Hubschrauber für den schnellen Transport der Rettungshunde vom Flugplatz Jever zur Schadensstelle angeboten." Unter Berücksichtigung aller Sicherheitsbestimmungen wurde der Landeplatz des Hubschraubers festgelegt. Es wurde ferner sichergestellt, daß dieser Platz während der

Landung bis nach dem Start nicht betreten werden konnte. Eine Funkstreife der Polizei wurde mit der Verkehrsregelung beauftragt. Parkplätze für die Kraftfahrzeuge der Gäste standen zur Verfügung.

Bis zum Beginn der Übung um 20.00 Uhr hatten sich schon viele Zuschauer eingefunden, die zum Teil in unmittelbarer Nähe des Übungsplatzes, zum Teil auf dem Banter Seedeich Platz fanden.

Dienststellenleiter Willms begrüßte über einen Lautsprecherwagen Zuschauer und Teilnehmer, die beteiligten Dienststellen und Einheiten sowie die Presse und das Fernsehen. Dann erschien ein Hubschrauber mit drei Rettungshunden und ihren Führern an Bord, drehte eine Runde und landete genau auf der durch ein Landezeichen markierten Stelle.

Die Hunde hatten den ungewohnten Flug gut überstanden und zeigten keine außergewöhnlichen Merkmale der Erregung.

Den Einsatz der Hunde am Trümmerberg leitete der Helfer Karl Träger, Hildesheim. Eingesetzt wurden folgende Hunde:

1. Airedaleterrier „Arry Nestor Reik“ 12 Jahre alt und Nummer eins in der Registrierung der Selbstschutzrettungshunde in Niedersachsen, immer noch aktiv tätig. Sein Führer war H. Borges, Hannover.

2. Riesenschnauzer „Ex vom Hexenhaus“, 5 Jahre alt. Sein Führer war Alex Schmidt, Bückeberg.

3. Boxerrüde „Bit von Malabar“, zwei Jahre alt. Hundeführerin war Frau Ursula Witt, Volmerdingsen bei Minden. Alle drei Hunde haben die Schutzhundeprüfung 3 sowie die Rettungshundeprüfung.

Am Verhalten der Hunde konnte man erkennen, daß sie der Aufgabe, unter Trümmern Verletzte zu suchen, nicht zum ersten Male nachgingen. Die scharfen Steine, die Planken, Bohlen und Bretter waren für sie keine Hindernisse. Sie ließen sich weder von den Rauchschwaden des abbrennen-



den Schwefelfeuer noch durch Schreckschüsse oder Motorenlärm stören. Nacheinander setzten sie ihre Sucharbeit solange fort, bis auch der letzte „Verschüttete“ gefunden und aus seinem Versteck befreit worden war.

Auch Hundeführer und Rettungshelfer leisteten ganze Arbeit. Der Abtransport der „Verletzten“ ging mit den Fahrzeugen des ZS-Dienstes bei blinkendem Blaulicht und tönendem Martinshorn vor sich. Den Ablauf der Übung kommentierte Werner Willms über Lautsprecher. Er betonte die Notwendigkeit der Rettungshundausbildung und bezeichnete sie als eine wichtige Aufgabe des BVS im Katastrophenschutz.

Ein Gespräch mit den Rettungshundehaltern ergab, daß sie mit der Arbeit ihrer Tiere sehr zufrieden waren. Natürlich steckt hinter der Leistung der Hunde auch eine nicht unbeträchtliche Arbeit ihrer Herren. Ohne eine idealistische Einstellung zu der freiwillig übernommenen staatsbürgerlichen Aufgabe geht es hier nicht. Vielleicht sollte man darum auch bald dem oft geäußerten Wunsch der Hundehalter nach Einführung einer am Halsband zu tragenden Rettungshundplakette sowie nach einem Ärmelabzeichen für den Hundeführer nachkommen.

Sinn der Katastrophenschutzwoche

Die Katastrophenschutzwoche in Wilhelmshaven, die unter dem Motto „Bereit sein für alle“ stand, diente einmal dazu, für alle Hilfsorganisationen neue Mitarbeiter zu werben. Dies geschah, indem man auf die vielseitige, abwechslungsreiche und vor allem sinnvolle Tätigkeit im Zivil- und Katastrophenschutz hinwies und sie demonstrierte. Zum anderen wollte man der Bevölkerung noch einmal in Erinnerung rufen, daß gerade die Küstenbewohner um die ständigen Gefahren durch Naturgewalten wissen müßten, und daß gerade sie sich zur Vorsorge und Abwehr zusammenschließen sollten.

H. F.



Oben: Der Einsatz von Rettungshunden bei der Bergung von Verschütteten diente nicht nur der Demonstration und der Übung. Vielmehr sollten auch Erfahrungen beim Hubschraubertransport gewonnen werden.

Mitte: Die eingeflogenen Rettungshunde machten ihre Sache trotz aller für sie ungewöhnlichen Belastungen sehr gut. Auch die Helfer der BSV-Dienststelle Wilhelmshaven leisteten ganze Arbeit.

Links: Die Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen des Zivilschutzes klappte ausgezeichnet. Die Vorführungen fanden bei den Zuschauern, aber auch in Presse und Fernsehen, Anerkennung.

SO WERBEN DIE SCHWEIZER



Große Schau des Luzerner Bundes für Zivilschutz

Von Herbert Alboth, Bern

Der Luzerner Bund für Zivilschutz hatte sich ein großes Ziel gesetzt. In Zusammenarbeit mit den Kantonen der Zentralschweiz, dem Bundesamt für Zivilschutz, dem Schweizerischen Bund für Zivilschutz, den interessierten Instanzen der Armee und der Kriegsvorsorge wurde mit einem Gesamtbudget von 250 000,— Franken auf 5000 Quadratmetern eine Schau errichtet, die umfassend und instruktiv in den Zivilschutz — seine Notwendigkeit, Organisation und Aufgabe — einführte.

Am 21. Juni wurde eine Delegation von Zivilschutzfachleuten aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und England empfangen, die sich über die Schau, die praktischen Einsatzübungen und die Zivilschutzbauten in Luzern und in Kriens sehr beeindruckt zeigte. Die Bundesrepublik war durch Ministerialdirigent Dr. Helmut Herzog vom Staatsministerium des Innern in München und Regierungsoberamtsrat Ferdinand Ständer vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz vertreten. Auffallend war das

große Interesse von hohen Offizieren, die in großer Zahl die Ausstellung besuchten und damit die Verbundenheit von Armee und Zivilschutz in der Schweiz unterstrichen. Die Ausstellung wurde vom 20. bis 28. Juni von rund 40 000 Besuchern besucht. Zu diesem Resultat haben vor allem die vielen Schulklassen beigetragen, die aus Stadt und Kanton Luzern, aber auch aus anderen Kantonen die Ausstellung mit ihren Lehrern besuchten, die täglich von 10 bis 22 Uhr geöffnet war.

Rundgang durch die Schau

Der Architekt der Ausstellung, Walter Schweizer, der mit dem Graphiker Georg Sperl die Schau gestaltete, schrieb im „Führer durch die Schau“ über den Aufbau:

„Die Zentralschweizerische Zivilschutzschau 1969 ist aufgeteilt in die sechs Sektoren: Organisation, Bereitschaft, Gefahren und Zerstörung, Rettung, Verpflegung, Aufklärung und Zukunftsprobleme. Bei der Ver-

wirklichung und Organisation der Schau haben neben vielen kantonalen und kommunalen Behörden und Instanzen sowie Privatpersonen u. a. auch die Gruppe Generalstabs-Dienste, Abt. für Luftschutz-Truppen, Abt. für Genie- und Festungswesen, der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge sowie das Bundesamt für Zivilschutz und der Schweizerische Bund für Zivilschutz mitgeholfen.

Der Besucher betritt die Schau durch eine Dunkelschleuse als Symbol für die Schutzraumschleuse und wird direkt mit dem Hauptanliegen der Ausstellung konfrontiert: Eine Wechselwand macht deutlich, daß das heute noch friedliche Leben morgen durch eine Katastrophe oder durch Kriegshandlungen gestört werden kann.

Nach dieser eher schockierenden Konfrontation führt der Weg durch eine Darstellung der gesetzlichen Grundlagen zur Modellschau über geplante und in Ausführung stehende Anlagen des baulichen Zivilschutz-

Linke Seite: Der Eingang zur großen Ausstellungshalle, davor der transportable Wasserspeicher und Fahrzeuge der Luftschutztruppen. — Unten: Die Ausstellung war in ihrem Aufbau gut durchdacht und graphisch

hervorragend gestaltet. — Darunter: Ohne Zurückhaltung wurde offen über Gefahren orientiert, mit denen wir in einem Verteidigungsfall rechnen müssen. Die Art der Darstellung zwingt den Betrachter zum Nachdenken.

Einsatzbereitschaft. Des weiteren gibt die komplette Operationseinheit einer Sanitätshilfsstelle einen Begriff von der Vorsorge für die Verletzten. Der Sektor Verpflegung zeigt hierauf, wie in Tagen der Not die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Wasser sichergestellt werden kann.

Ein 'Blick über die Grenzen' läßt im Anschluß daran erkennen, daß nicht nur die Schweiz, sondern auch viele andere Länder vor großen Zivilschutzaufgaben stehen. Der Filmdienst, der während der ganzen Schau durchgehende Film- und Dia-Vorführungen veranstaltet, weist eindrücklich darauf hin, daß man im täglichen Leben brauchen kann, was man im Zivilschutz lernt. Auf die Tatsache, daß die Lösung der Zivilschutzprobleme noch am Anfang steht, wird im Schlußpavillon aufmerksam gemacht."

Sonderschauen der Kantone

Mit besonderen Fachgebieten befaßten sich die Kantone der Zentralschweiz, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden und Zug. Wir lassen hier wieder den „Führer durch die Schau“ sprechen:

Zug: Einst und jetzt. Unter diesem Motto weist der Kanton Zug darauf hin, daß das Problem des Bevölkerungsschutzes nicht neu ist, sondern immer bestanden hat und heute nur den neuen Gegebenheiten angepaßt werden muß.

Uri: Überflutungsgefahr. Die Existenz der beiden großen Stauseen Lucendro und Göschenalp stellt für die Zivilschutz-Organisationen von 12 umerischen Gemeinden einen wichtigen Faktor dar; denn im Falle eines Dammbrechens wären diese Gemeinden stark gefährdet. Es wird nun dargestellt, daß dank sorgfältiger Überwachung in Friedenszeiten kaum mit einem Dammbbruch zu rechnen ist und daß für den Kriegsfall Vorkehrungen getroffen sind, die es einem Gegner schwer machen, Abschlußwerke zu verletzen. Falls es doch einmal zu einem Dammbbruch kommen sollte, besteht ein gut ausgebautes Alarmsystem, durch das die Zivilbevölkerung rechtzeitig gewarnt werden kann.

Schwyz: Kulturgüterschutz. Darstellung der gesetzlichen Grundlagen des Kulturgüterschutzes und der Maßnahmen, die zum Schutze der Kulturgüter getroffen worden sind und noch zu treffen sein werden. An einem konkreten Beispiel wird illustriert, welche Bedeutung dem Problem zukommt und wie eine wirksame Lösung angestrebt wird.

Obwalden: Erdbebenkatastrophen. Rückschau auf die Erdbeben im Kanton Obwal-

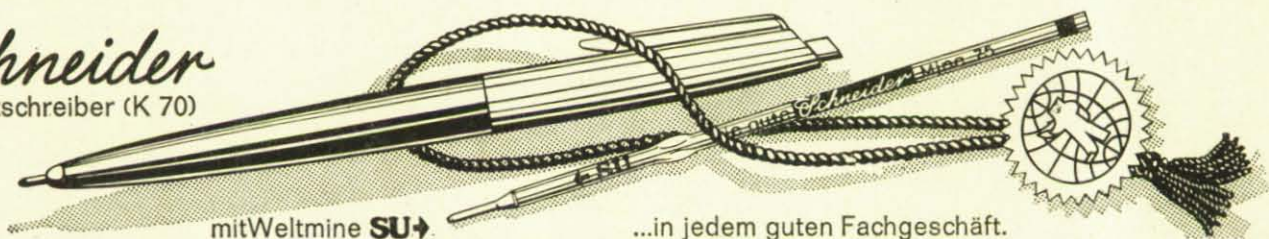


zes. Wie teuer diese ‚Versicherungsprämie‘ für jeden Schweizer zu stehen kommt, wird anschließend erläutert.

Der zwingende Rundgang geht alsdann zum Stadtmodell Ahrweiler (Bundesrepublik Deutschland). Der Einblick in den mit dem Modell Ahrweiler koordinierten Quartier-Kommandoposten und den anschließenden Ortskommandoposten läßt ahnen, welch gewaltige organisatorische Arbeit eine gute, gezielte Hilfe erfordert. Entsprechend ihren Produkten sind die

ausstellenden Firmen in die verschiedenen Sektoren der Schau integriert. Durch einen mustergültig eingerichteten Schutzraum gelangt der Besucher in einen vorfabrizierten ASU-Unterstand (Atom-Schutz-Unterstand), wie er in der Armee zur Anwendung kommt, wie er aber auch für zivile Zwecke verwendet werden kann. Im anschließenden Trümmerfeld mit einer brennenden Stadt im Hintergrund dokumentieren die Luftschutztruppen als ‚Schwergewicht des Zivilschutzes‘ ihre

Schneider
Weltschreiber (K 70)



mitWeltmine SU→

...in jedem guten Fachgeschäft.



Links: Schutzraum im Keller mit acht Schlafstellen oder – mit wenigen Handgriffen umgebaut – als Tagesaufenthaltsraum.

den vom 17. Februar und vom 14. März 1964. Auf großen Grafikplatten wird aufgezeigt, wie die Bevölkerung im Falle neuerlicher schwerer Erdstöße informiert würde und auf welche Weise der Zivilschutz Hilfe und Rettung bringen würde.

Nidwalden: Flugzeugabsturz und Katastrophe am Loppertunnel. Ausgehend von der Annahme, die Mirage III BS sei am 3. März 1969 nicht in den See, sondern auf den nördlichen Teil des Dorfes Stans gestürzt, wird dargestellt, welche Schäden dabei entstanden wären und welche Hilfs- und Rettungsarbeiten der Zivilschutz eingeleitet hätte. Zum zweiten wird angenommen, vom Lopperberg seien gewaltige Mengen an Bergschutt, Schlamm und Gestein auf die südlichen Ausgänge der Autobahntunnels und des Bahntunnels LSE gestürzt. Die Schadenlage wird erörtert, und gleichzeitig werden die Hilfs- und Rettungsmaßnahmen des Zivilschutzes aufgezeigt.

Einsatzübungen

An den offiziellen Tagen wurden im nahen, auf der Luzerner Allmend aufgebauten



Ausschnitte von den praktischen Vorführungen. Oben: Ein Eisengitter sperrt einen Durchgang und muß mit dem Schneidbrenner beseitigt werden. — Links: Ein eindrucksvolles Bild bot für die Zuschauer der Übungen die Rettung von Menschen aus dem Inferno von Feuer und Rauch, beißenden Dämpfen und stürzendem Mauerwerk.

Trümmerfeld auch Einsatzübungen von Zivilschutzformationen gezeigt. Ein Zug der Kriegsfeuerwehr, ergänzt durch Pionier- und Rettungstrupps, wurde den Zuschauern in Zusammensetzung und Ausrüstung vorgestellt. Im Einsatz durch das Inferno von Feuer, Rauch, Dampf und stürzendem Mauerwerk vorgehend, um verschüttete Menschen zu bergen, sie dem sicheren Tod zu entreißen und der Ersten Hilfe zuzuführen, wurden die einzelnen Phasen durch Lautsprecher erklärt und die Zusammenarbeit von Einsatzkräften und Mitteln verständlich gemacht. Diese realistischen Übungen, an denen jeweils rund 50 Personen beteiligt waren, trugen zum großen Erfolg bei. Den Besuchern der Ausstellung war Gelegenheit geboten, mit Wagen der städtischen Verkehrsbetriebe mehrere Zivilschutzbauten aufzusuchen. Die Fahrt dauerte für den Preis von Fr. 1.— jeweils zwei Stunden und galt der Besichtigung einer Sanitätshilfsstelle, eines Quartier-Kommandopostens des Zivilschutzes, eines Sanitätspostens, eines Unterstandes für die Kriegsfeuerwehr und dem Technischen Dienst.

Zivilschutz und Schule

Zum erstenmal hat sich in der Schweiz der Erziehungsdirektor eines Kantons, Regierungsrat und Schultheiss des Standes Luzern, Dr. Hans Rogger, in einem Aufruf an die Lehrerinnen und Lehrer gewandt, speziell jene der Sekundar- und Oberschulen, und sie aufgefordert, die Schau mit ihren Schülern zu besuchen und mit ihnen die Probleme durchzuarbeiten.

Es ist auch das erstmal, daß das „Luzerner Schulblatt“ mit einer Sondernummer in den Dienst des Zivilschutzes gestellt wurde. Im Leitartikel befaßt sich der Chef des Eidgenössischen Militärdepartements, Bundesrat Rudolf Gnägi, mit dem Zivilschutz in einer veränderten Welt, um anschließend einigen Autoren das Wort zu weiteren Darstellungen über das wichtige Gebiet der Gesamtverteidigung zu geben. Wertvoll ist in dieser Sondernummer vor allem die Stoffsammlung zum Themenkreis des Zivilschutzes für die Oberstufe unter dem Sammelbegriff „Sein oder Nichtsein“. Die Stoffsammlung behandelt den Zivilschutz als Teil der Landesverteidigung und unterstreicht, daß der Krieg heute keine Grenzen kennt, um dann auch historische Parallelen zu ziehen, die moralischen und ethnischen Grenzen aufzuspüren und sich ganz allgemein dem Schutzgedanken zu nähern, der seit jeher die Menschheit beschäftigt hat. Der Präsident der Zivilschutzschau, Ortschef und Gemeindepräsident Otto Schnyder aus Kriens, und der Präsident des Luzerner Bundes für Zivilschutz, Oberst Hans Helfenstein, dürfen sich zusammen mit ihren vielen Mitarbeitern am Erfolg freuen.

Maximilian Kraus:
Landesschulungsreferent von
Oberösterreich

Leistungsabzeichen im Strahlenschutz

In diesem Jahr ist in Österreich das Strahlenschutzleistungsabzeichen geschaffen worden. Nach dem Besuch mehrerer Strahlenschutzkurse an der Luftschutztruppenschule in Wien und Ablegung einer anschließenden Prüfung im Reaktorzentrum Seibersdorf bei Wien können Angehörige der Exekutive, der Feuerwehr, des Zivilschutzverbandes und anderer Hilfsorganisationen das Abzeichen erwerben, das in Bronze, Silber und Gold verliehen wird. Im jeweiligen Falle ist der Rand des Abzeichens aus dem betreffenden Material.

Die Inhaber des Abzeichens zeigen damit, daß sie im Falle einer Verstrahlung als Einsatzkommandanten bzw. als Spürtruppführer Verwendung finden können sowie als Ausbilder im Strahlenmeßdienst bei den verschiedenen Dienststellen und Organisationen eingesetzt werden können.

Bisher haben dieses Leistungsabzeichen etwa 200 Exekutivbeamte und Zivilschutzfunktionäre in Bronze und 25 höhere Offiziere von Polizei und Gendarmerie in Silber erworben; in Gold hat es zunächst der Kommandant der Luftschutztruppenschule in Wien, ein Oberst des Bundesheeres, erhalten.

Die Lehrgänge finden unter der Leitung des Bundesministers für Inneres im Zusammenwirken mit dem Institut für Strahlenschutz und der Studiengesellschaft für Atomenergie in Wien statt.

Das Leistungsabzeichen in Bronze

Die Prüfung für das Leistungsabzeichen in Bronze gliedert sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil.

Die vier praktischen Aufgaben — jede an einer Station im Freien — befassen sich vor allem mit Strahlenspüren, Strahlenmessen, Berechnen von Strahlendosen, Suchen von strahlendem Material sowie Anfertigen von Spürskizzen und dgl. Jede Aufgabe ist auf Grund einer taktischen Annahme zu lösen. Die Zeit für die Lösung jeder Aufgabe ist auf 15 Minuten beschränkt, was eine beträchtliche Erschwerung bedeutet. Nach einem Punkte-System müssen für beide Teile der Prüfung (theoretisch und praktisch) insgesamt mindestens 600 Punkte erreicht werden; die Höchstzahl beträgt 1000 Punkte.

Der theoretische Teil umfaßt ein Programm von 100 Fragen, aus dem jeder Prüfling



Das Abzeichen (oben) weist aus, daß der Inhaber im Strahlenschutz ausgebildet ist und bei einer Verstrahlung eingesetzt werden kann. — Unten: Künftige Inhaber des Abzeichens während ihrer Ausbildung im Gelände.

selbst zehn Fragen ziehen muß, die ebenfalls in 15 Minuten schriftlich zu beantworten sind. Einige dieser Fragen beziehen sich u. a. auf: Radioaktivität, Kernstrahlung, Ionisation, Kernspaltung, Kettenreaktion, Gammastrahlen, Neutronenstrahlen, physikalische Halbwertszeit, Reichweite der verschiedenen Strahlen, Kontamination, Schutzfaktor, Behandlung von verstrahlten Lebensmitteln sowie die Berechnung der zulässigen Aufenthaltsdauer in verstrahlten Gebieten.

Das Leistungsabzeichen in Silber

Zur Erlangung des silbernen Leistungsabzeichens wurde zusätzlich die Annahme zugrunde gelegt, daß außerhalb von Österreich eine Atombombe — in einer Entfernung von 200 km — detoniert sei, deren Wolke sich über die österreichische Grenze in das Innere des Landes bewege. Hierzu waren sämtliche sich daraus ergebenden Maßnahmen zu berechnen und zu beschreiben, wie etwa die Größe der einzelnen Strahlendosen zu verschiedenen Zeiten, die erlaubten Aufenthaltszeiten in verschieden stark verstrahlten Gebieten, die Errechnung von Daten der einzelnen Spürtrupps, Spüraufträge und einzuleitende Maßnahmen für die Bevölkerung.

Die gesamte Prüfung stand unter der Leitung von Prof. Dr. Trittmittel, dem Leiter des Strahleninstitutes am Reaktorzentrum in Seibersdorf.



Explosionsunglück in Hannover-Linden

**Nachbarliche
Hilfe und Katastrophen-
schutzdienste
bewährten sich
in der Stunde der
Not**

Von Gerd Herbst

„Bei dem schwersten Unglück, von dem die deutsche Berufsfeuerwehr seit dem Ende des zweiten Weltkrieges betroffen wurde, fanden acht Feuerwehrleute und vier Eisenbahner den Tod. 38 Personen, zum Teil über 500 m vom Explosionspunkt entfernt, wurden verletzt, 10 hiervon schwer. Der Sachschaden beläuft sich nach ersten Schätzungen auf über 20 Millionen DM...“

Diese Nachricht verbreiteten Rundfunk und Fernsehen am 22. Juni. Was war geschehen? Der Bahnhof Hannover-Linden hat in den letzten Jahren als Personenbahnhof immer mehr an Bedeutung verloren. Die Bundesbahn war nur schwer für die Errichtung eines Bahnhofsgebäudes als Ersatz für das im Kriege zerstörte zu gewinnen. Der Ausbau als Rangier- und Güterbahnhof war dagegen längst abgeschlossen. 16 nebeneinanderlaufende Gleispaare bezeugen die Kapazität dieser wichtigen Anlage, zu der große und bedeutende Werke direkt An-

schlüsse haben. Diese Werke sind es auch, die den Bahnhof, der in einer kleinen Talenke liegt, gegen die umliegenden Wohnhäuser abschirmen. Besonders die große Fertigungshalle der Firma Rheinstahl-Hanomag verläuft mit einer Längsseite entlang des Bahnhofsgeländes.

Sonntag, 22. Juni. Um 8.02 Uhr werden die Feuerwehrleute in der Feuerwache 4 am Tönniesberg alarmiert. 2 Minuten nach ihrem Dienstbeginn und wenige Augenblicke nach dem Anwesenheitsappell.

Ihr Einsatzbefehl: „Auf dem Güterbahnhof Hannover-Linden brennt ein Güterwagen!“ Der Löschzug 4 rückt mit 11 Mann Besatzung aus. Wegen der chronischen Unterbesetzung der Hannoverschen Feuerwehr stehen die vorgesehenen 19 Männer nicht zur Verfügung.

Zwischen dem Löschzug 4 und der Feuerwehrzentrale wird mit dem Ausrücken die übliche Funkverbindung hergestellt.



Linke Seite: Dieser Lastwagen stand 50 m vom Explosionsherd entfernt seitlich neben dem Güterschuppen.

Rechts: Zwei Trichter zeigen die Stelle an, an der der Waggon mit den Granaten gestanden hatte.

Um 8.05 Uhr wird Hannover-Linden durch eine gewaltige Explosion erschüttert.

Blitz und donnerartiger Knall erinnern an die Bombenexplosionen des 2. Weltkrieges. Tausende von Menschen rennen, zum Teil noch in Schlafanzügen, auf die Straßen. Irgendwo hört man Schreie.

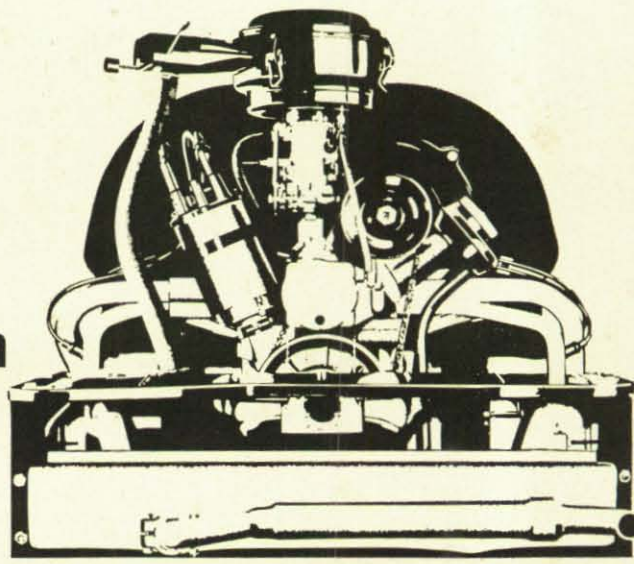
Über dem Bahnhof Hannover-Linden erhebt sich eine schwarze Rauchsäule. Der Funkverkehr der Feuerwehr ist unterbrochen. Löschzug 4 gibt es nicht mehr!

Ohne Kenntnis des gefährlichen Inhalts sind die Löschfahrzeuge bis dicht an den stark qualmenden Güterwagen herangefahren. Ein Rangierer hat wenige Augenblicke vorher den Wagen abgekoppelt und vergeblich versucht, mit einem Handfeuerlöscher abzulöschen.

Zu spät entdeckt er den am Wagen angebrachten Frachtzettel mit dem Zeichen einer detonierenden Granate. Sein Warnungsruf erreicht die Feuerwehrleute im Augenblick der gewaltigen Explosion.



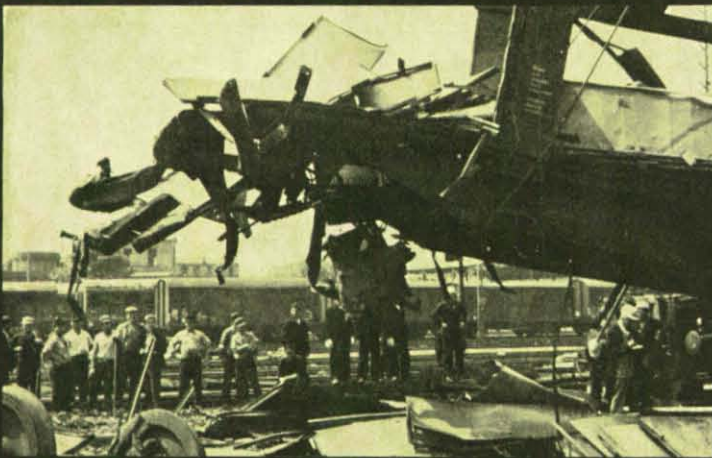
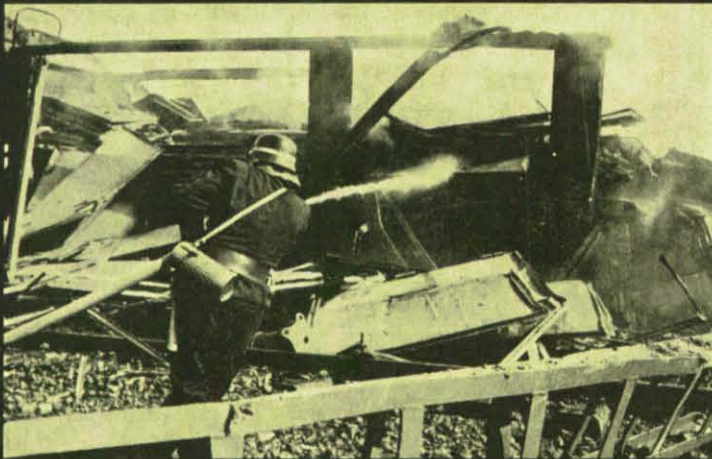
**VW Industriemotoren
1200ccm/1600ccm
für alle
Antriebszwecke**



Industrie-Motor



Von oben nach unten: Der vom Luftdruck verwüstete Güterschuppen. — Feuerwehrmann beim Löschen eines in Brand geratenen Güterwaggons. — Rest eines Waggons, der mit dem Unglückswaggon gekoppelt war. — Zivilschutz-Helfer beim Aufräumen in dem Verladeschuppen.



216 Panzergranaten vom Kaliber 175 mm, zu zwei Blöcken in dem Unglückswagen gelagert, waren in die Luft geflogen. Durch die mutige Tat des Rangierers Dieter Liedtke sind die anderen Waggons mit weiteren 900 Granaten so weit entfernt, daß es durch Druckübertragung zu keiner weiteren Entzündung kommt.

Auf dem Bahnhof sieht es wie nach einem Bombenangriff aus. Eine etwa 60 m lange Lagerhalle ist völlig eingestürzt und gerät in Brand. Die Oberleitungen sind zerrissen. Zwei dicht nebeneinander liegende Trichter von etwa 5 m Tiefe und einem Durchmesser von 20 m deuten die Stelle an, auf der der Wagen gestanden hat. Die Gleise sind wie Streichhölzer geknickt und starren bizarr in den Himmel. Von einem Autotransportzug mit Lastwagen und Pkws sind die Fahrzeuge zum Teil heruntergestürzt. Fast alle sind beschädigt.

Die Tanklöschfahrzeuge des Löschzuges 4 sind wie ein Sieb durchlöchert. Fast alle umliegenden Gebäude sind angeschlagen und brennen. Überall Einschläge der Granatsplitter. Das Gelände ist übersät mit zeretzten Uniformteilen. Die Gewalt der Explosion hat Hunderte von Fensterscheiben eingedrückt. Die Glassplitter haben die Menschen hinter diesen Scheiben verletzt.

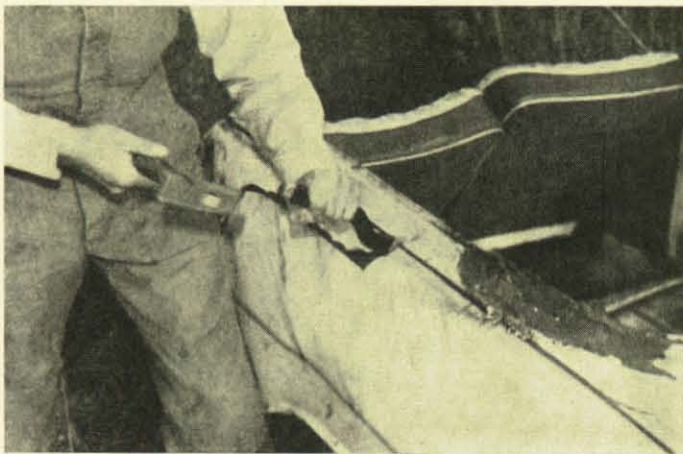
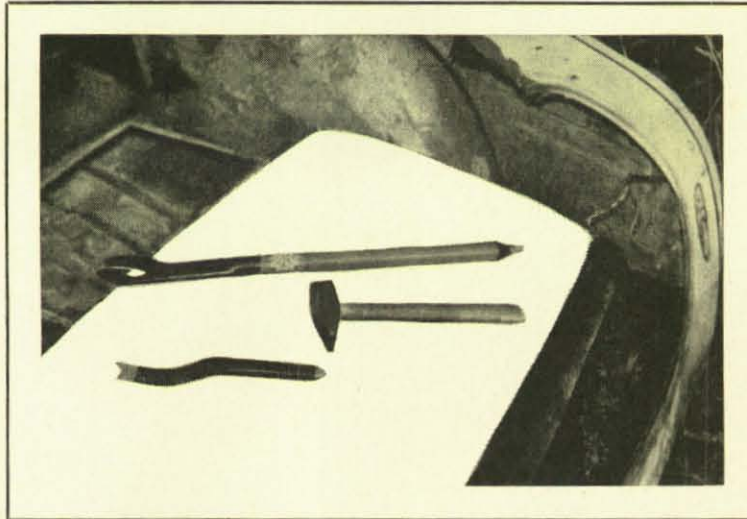
Als der Funkverkehr zu dem Löschzug 4 abbricht und die Explosion die Stadt erschüttert, gibt die Feuerwache Großalarm. Polizei und weitere Löschzüge rücken heran. Auch die Katastrophenschutzdienste werden alarmiert und sind wenig später zu erster Hilfeleistung im Stadtteil Linden. Dort wird die Selbsthilfe und nachbarliche Hilfe wirksam, wo ein Schaden entstanden ist. Zunächst gilt es, die Straßen von Glassplittern und Ziegeln zu reinigen. Wie selbstverständlich nehmen die Bürger den Besen in die Hand. Andere errichten Absperrungen vor den Häusern, bei denen die Gefahr besteht, daß die angeschlagenen Dächer noch abrutschen. Mit Maschendraht und Pappe werden die Fensterlöcher zugenagelt. Zwei Stunden nach der Katastrophe sind die Straßen besenrein und die Gebäude gesichert. Hier hat sich ein selbstschutzmäßiges Verhalten gezeigt, wie es der Bundesverband für den Selbstschutz der gesamten Bevölkerung nahebringen versucht.

In der Nähe des Bahnhofsgeländes müssen ein Wohnhaus und ein Barackenlager mit Gastarbeitern evakuiert werden, weil Einsturzgefahr besteht. Auch das geht schnell und reibungslos. Die 40 Bewohner des Wohngebäudes und 150 Gastarbeiter werden noch am gleichen Tag von der Stadtverwaltung untergebracht, obwohl es Sonntag ist und die zuständigen Beamten erst herangeholt werden müssen. Natürlich gibt es ein, zwei Stunden nach der Explosion Tausende von Schaulustigen, aber die Polizei hat den Sicherheitsring weit gezogen. Gegen 9.30 Uhr fahren Lautsprecherwagen durch den Stadtteil Linden: „Hier spricht die Polizei: Bitte öffnen Sie alle Fenster und gehen Sie aus der Fensteröffnung, es besteht weiterhin Explosionsgefahr!“ Diese Gefahr kam von den zahlreichen verstreuten Granaten, von den drei noch mit Munition beladenen Güterwagen und einem Kesselwagen mit leicht brennbarer Flüssigkeit, der in der Nähe des brennenden Lagerhauses stand. Aber es geht gut.

Nicht auszudenken wäre die Zahl der Toten und Verletzten, wenn das Unglück nicht an einem Sonntagmorgen, sondern während der Arbeitszeit passiert wäre. Allein in der Fertigungshalle der Fa. Hanomag, deren 30 m hohes Glasdach fast vollständig in die Halle gestürzt ist, arbeiten über 2000 Menschen.

»Büchsenöffner«

Werkzeuge zum Aufschneiden von Blechaufbauten



Oben: Blechaufreißer, Hammer und Schlitzmeißel benötigt man, wenn es sich darum handelt, schnell Blech-

aufbauten zu öffnen. — Links: Der Schlitzmeißel schafft ohne große Mühe 8 mm breite Schlitze.



Rechts: Der Blechaufreißer arbeitet nach dem Prinzip eines handelsüblichen Dosenöffners.

Will man nach einem Verkehrsunfall eingeschlossene oder eingeklemmte Personen bei ihrer Befreiung aus dem Fahrzeug nicht noch mehr gefährden sowie verhindern, daß das Fahrzeug Feuer fängt, ist während der Rettungs- und Bergungsarbeiten in manchen Fällen, z. B. bei ausgelaufenem Kraftstoff, von einem Einsatz von Trennschleif- und Brennschneidgeräten abzuraten. In derartigen Lagen sind Schlitzmeißel und Blechaufreißer die geeigneten Werkzeuge zum Auftrennen von Blechverkleidungen.

Der *Schlitzmeißel* (Länge: etwa 28 cm, Gewicht: 800 g), auch als Blechschlagreißer

bezeichnet, ist am Griffstück gekröpft wie etwa ein Strickeisen. Die Schneide ist sichelförmig ausgearbeitet und besonders angeschliffen. Dieser Schlitzmeißel ist leicht zu handhaben und mittels Hammerschlägen schnell zu führen. In kurzer Zeit können ohne große Mühe etwa 8 mm breite, glatte Schlitze geschaffen werden — was mit üblichen Flachmeißeln unmöglich ist —, der Span rollt dabei gleichmäßig spiralförmig nach unten ab.

Der *Blechaufreißer* (Länge: etwa 69 cm, Gewicht: 1500 g) ist mit kegelförmiger Stoßspitze sowie mit einer maulförmigen Stahlschneide versehen. Stoßspitze und

Stahlschneide sind gehärtet. Zur besseren Kenntlichmachung des Blechaufreißers ist der Kunststoff-Handschuh am Rohrgriff in gelber Farbe gehalten. In das zuerst mittels Stoßspitze geschlagene Loch wird die Stahlschneide eingesetzt und dann das Objekt aufgeschnitten; die Arbeitsweise gleicht dem Prinzip eines Dosenöffners. Der lange Rohrgriff macht es möglich, daß auch stärkere Bleche rasch von Hand zertrennt werden können.

Mit diesen beiden Werkzeugen stehen den Einsatzkräften, die bei Verkehrsunfällen gerufen werden, einfache, aber doch sehr wirkungsvolle Hilfsmittel zur Verfügung.

G. Krüger

Für die Hilfe aus der Luft

Erster Lehrgang für

DRK-Flugbeobachter

Von H. C. Weiler, Bonn

Die Helfer des Rettungswesens und des Katastrophenschutzes müssen mit der Zeit gehen. Immer mehr hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß moderne Unfall- und Katastrophenhilfe nicht länger ohne Luftfahrzeug auskommen können. Im benachbarten Ausland ist der Katastropheneinsatz ohne Unterstützung durch Flugzeuge und Hubschrauber schon fast undenkbar. Sogar das kleine und gewiß nicht finanzstarke Österreich unterhält für diese Zwecke eine beachtliche Fliegerstaffel.

Erster Lehrgang für Flugbeobachter

Das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes hat aus diesen Erkenntnissen die Folgerungen gezogen. So fand auf seine Veranlassung in der Luftfahrerschule Nordrhein-Westfalen in Hangelar bei Bonn der erste Lehrgang für DRK-Flugbeobachter statt, d. h. für Helfer, die im Ernstfall in Luftfahrzeugen mitfliegen, die Lage erkunden und ihre Beobachtungen über Funk der Einsatzleitung übermitteln sollen. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgte nach der Devise: „Die leitenden Kräfte zuerst!“ Unter den 15 Lehrgangsteilnehmern be-

fanden sich vorwiegend hauptamtliche Lehrbeauftragte und Katastrophen-Einsatzleiter aus allen Landesverbänden im Bundesgebiet. Diese Männer können fast alle auf mehrmalige schwierige Einsätze in Ernstfällen zurückblicken wie z. B. Überschwemmungen in Italien, Erdbeben in Agadir, Skopje, in der Türkei und auf Sizilien sowie Bewährungsproben bei Großeinsätzen im Inland. Beispielgebend beteiligten sich die Referenten Freiherr von Berchem und Adolf Weiß vom Generalsekretariat in Bonn an der Ausbildung.

Harte Arbeit in Theorie und Praxis

Die sachgerechte Tätigkeit eines Flugbeobachters verlangt neben der Eingewöhnung in das Mitfliegen vielseitige theoretische Kenntnisse. In den drei Tagen des Lehrgangs mußten die DRK-Männer Dinge lernen, von denen sie bisher keine Ahnung gehabt hatten: Flugnavigation zur Unterstützung des Piloten und zum Auffinden der Ziele im Gelände, Flugmeteorologie zur Abschätzung der fliegerischen Einsatzmöglichkeiten, Grundkenntnisse der Luftverkehrsordnung und Flugfunk.

Dann starteten die Lehrgangsteilnehmer an Bord von zwei- und viermotorigen Leichtflugzeugen zu ihrem ersten Flug. Es wurde dabei harte Arbeit von ihnen verlangt, so praktische Navigation bei Überlandflügen bis zu 50 km Entfernung, Bodenbeobachtungen, Anfertigung von Skizzen, Absetzen von Meldungen verschiedener Art. Schließlich waren taktische Aufgaben zu lösen unter Annahme eines Ernstfalles und besonderer Wetterverhältnisse. St. Petrus bemühte sich redlich, mit ernstfallmäßigem schlechten Wetter seinen Teil zu der Ausbildung beizusteuern. Ist es für Flugneulinge schon nicht einfach, in leichten Maschinen Böen bis zu Windstärke 7 ohne körperliche Beschwerden durchzuhalten, so hatten die DRK-Helfer dabei noch ihr vorgeschriebenes Pensum zu bewältigen. Drei bis vier Stunden dauerte für jeden Lehrgangsteilnehmer die Flugzeit. Sie erfüllten jedoch alle die gestellten Anforderungen. Der einzige Beteiligte, der dem Drang seines Mittagessens nach oben nicht widerstehen konnte, war ein vorwitziger Presseemann, und das einzige Opfer aus den Reihen des DRK war eine Dienstmütze.



Links: Leitende Kräfte des DRK lassen sich als Flugbeobachter ausbilden. Skeptisch begutachteten die Teilnehmer des ersten Lehrgangs das kleine Flugzeug, mit dem sie sich wenige Stunden später in der Luft befinden werden.

Rechts: Bevor die praktische Arbeit während des Fluges beginnt, muß die Theorie beherrscht werden. Hier heißt es an Modellen des Navigationsbestecks den Kurs zu bestimmen.

Unten rechts: Der Fluglehrer erklärt seinen „Schülern“, wie ein Flugzeug auf die Steuerung reagiert. So erhalten die DRK-Helfer einen Einblick in die Flugtechnik.



Künftige Zusammenarbeit mit freiwilligen Fliegerstaffeln
 Der Leiter der Luftfahrerschule, Sturm, und seine Mit-Fluglehrer äußerten sich erfreut über den guten Erfolg des Lehrgangs. Generalmajor a. D. Erich Hampe überreichte als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Hubschrauber- und Luftrettungsdienst den frischgebackenen Flugbeobachtern Urkunden und Abzeichen. Der General wie auch die Repräsentanten des DRK betonten, daß künftig eine enge Zusammenarbeit zwischen den freiwilligen Fliegerstaffeln der Gesellschaft und den Einsatzleitungen des DRK angestrebt werde. Die Flugbeobachter erhielten Anschriftenlisten der Stützpunkte der freiwilligen Rettungsflyer, die zur Zeit in den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg (im Aufbau) mit 165 Luftfahrzeugen und 220 Piloten für freiwillige Hilfsflüge zur Verfügung stehen. Während der kleinen Abschlusfeier wurden Pläne für die Weiterarbeit in den Landesverbänden und den gemeinsamen Einsatz von Fliegern und DRK-Flugbeobachtern bei künftigen regionalen Übungen geschmiedet.



Schleswig-Holstein

Verabschiedung von Erich Freise



Oberbürgermeister Lehmkuhl (l.) dankt Erich Freise für seine langjährige Aufbauarbeit im Selbstschutz.

Am 30. Mai wurde in Neumünster im Rahmen einer Feierstunde der langjährige BVS-Dienststellenleiter Erich Freise verabschiedet, da er in den Ruhestand tritt. Sein zehnjähriges Wirken auf dem Gebiete des Zivilschutzes in Neumünster brachte es mit sich, daß eine ganze Anzahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unter ihnen der Oberbürgermeister der Stadt Neumünster, an dieser Veranstaltung teilnahm.

„Ich tue nur, was mir aus meiner Aufgabe an Verpflichtungen erwächst und was mir mein Gewissen vorschreibt.“ Dieser Satz aus einem Brief Erich Freises charakterisiert treffend dessen Persönlichkeit, erklärte der Leiter der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, Dr. Lennartz, in seiner Würdigung. Die Dienststelle Neumünster mit ihren Mitarbeitern sei ein Juwel, das Freise „blitzblank geputzt“ habe. Sein Beispiel sei vorbildlich für die Selbstschutzarbeit des Verbandes im gesamten Bundesgebiet gewesen.

Für seine fachkundige Arbeit erhielt Freise vom Präsidenten des BVS die Ehrennadel. In diesem besonderen Fall sei die Nadel mehr als der Ausdruck von Dank, Würdigung und Anerkennung.

Erich Freise wurde 1954 Helfer des BLSV; 1956 ging er als ehrenamtliche Lehrkraft an die Landesschule in Ascheberg. Zwei Jahre später kam er zur Dienststelle Neumünster, die er seit dem 1. Januar 1960 leitete. Freise wird weiterhin dem BVS als ehrenamtlicher Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Sein Nachfolger wird der bisherige Fachbearbeiter für das Ausbildungswesen, Harald Mick.

Oberbürgermeister Lehmkuhl hatte es sich nicht nehmen las-

sen, dem scheidenden BVS-Dienststellenleiter persönlich den Dank und die Anerkennung der Stadt Neumünster zu übermitteln. Was Freise erreicht habe, sei für die Stadt beachtlich.

Der BVS am richtigen Platz

Tausende informierten sich am BVS-Ausstellungsstand in der Kieler Ostseehalle. Genau am richtigen Platz war der Bundesverband für den Selbstschutz im Einsatz. Anlässlich der von mehreren 100 000 Menschen besuchten Landesausstellung „Frau im Heim“ im Mai hatte der BVS seinen hervorragend ausgestatteten Aufklärungsstand von 80 Quadratmetern in unmittelbarer Nähe des Haupteinganges. Täglich strömten dort Tausende Besucher vorbei, um sich in der großen Ausstellung, die von den Frauenverbänden des Landes als „Schaufenster Schleswig-Holsteins“ bezeichnet wird, über Neuerungen auf dem Gebiet des Haushalts und der Hauswirtschaft zu informieren. Daß auch der BVS ein Wort dabei mitzureden hatte, bewies das Interesse, das sein Stand bei den Besuchern aller Jahrgänge fand.

Kiels Dienststellenleiter Busch war vor allem über das große Informationsbedürfnis Jugendlicher und Schüler überrascht: „Ausstellungen dieser Art sind die beste Werbung für uns.“ Die Abgangsklasse einer Kieler Volksschule meldete sich geschlossen zur Teilnahme an einer Selbstschutz-Grundausbildung, die inzwischen stattgefunden hat.

Die Ausstellungsbesucher erhielten am Stand des BVS sachkundige Information. An den zehn Tagen haben sich 20 Helfer, die eine Fachausbildung in der Öffentlichkeitsarbeit und Schutzraumbauberatung erhalten hatten, zur Verfügung gestellt. In der sehr übersichtlich mit repräsentativem Bild- und Ausstellungsmaterial ausgestatteten Halle führten die Helfer an manchen Tagen fast pausenlos Gespräche mit Besuchern über Sinn und Notwendigkeit des Selbstschutzes auch in Friedenszeiten, über Fragen der Bezuschussung durch den Staat beim Bau von Schutzräumen und über Vorratswirtschaft.

Die Landesstelle wird den großen Informationsstand des BVS auch im kommenden Jahr wieder in der Ausstellung „Frau und Heim“ zeigen und dann jedoch noch mehr Gewicht auf die Vorratshaltung und Schutzraumeinrichtung legen.

Als prominente Gäste konnten im BVS-Informationsstand Bun-

desminister für den Wohnungsbau Lauritzen sowie Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Dr. Lemke begrüßt werden. Sie zeigten sich sehr interessiert an der Öffentlichkeitsarbeit des BVS.

Die Werbung bei dieser Ausstellung ist für den BVS in Schleswig-Holstein von entscheidender Bedeutung, denn die Zahl der Helfer — gegenwärtig rund 5000 — kann gerade bei derartigen Anlässen weiter erhöht werden.

P. Ehrhart

Hamburg

Deichschutz und Öffentlichkeitsarbeit

Der Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Harburg, Hans Dewitz, hatte alle maßgeblichen Führungskräfte der Deichverteidigung von der Baubehörde,

Innenbehörde, den Bezirks- und Ortsämtern, der Polizei und Feuerwehr zu einer Informationsfahrt mit einem Streifenboot der Wasserschutzpolizei zu den Hochwasserschutzanlagen der Deichverteidigungsgebiete I und II eingeladen. Vom Bundesverband für den Selbstschutz nahmen hieran Landesstellenleiter Ludwig Müller und der Leiter der BVS-Dienststelle Harburg teil.

Die Informationsfahrt sollte den Führungskräften zentraler und regionaler Einsatzleitungen die Möglichkeit geben, sich von der Wasserseite aus einen Überblick über die Schutzbauwerke zu verschaffen. Gleichzeitig sollte der gegenseitige Kontakt helfen, die gemeinsamen Aufgaben des Hochwasserschutzes besser bewältigen zu können.

Gewaltig waren die Eindrücke



Walter Haag zum Gedenken

Am 18. Juni 1969 verstarb in Bad Godesberg der Referent für den Selbstschutz der Bevölkerung im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, Verwaltungsobererrat Walter Haag, im Alter von 57 Jahren.

Walter Haag wurde am 23. April 1912 in Heidelberg geboren. Sein Lebensweg führte ihn schon früh an die Aufgaben heran, die später wesentlicher Inhalt seines beruflichen Wirkens sein sollten. 1936 in die Polizeiverwaltung Stuttgart eingetreten, war er in der Zeit bis 1944 Luftschutzoffizier in Frankfurt am Main und später in der Wiener Neustadt und St. Pölten.

1944 wurde er als Lehrer für Luftschutz an die Polizeioffizierschule Berlin-Köpenick berufen. Inzwischen zum Hauptmann der Schutzpolizei befördert, geriet er nach einem längeren Fronteinsatz in Slowenien in Kriegsgefangenschaft. Im Jahre 1952 wurde er Helfer im damaligen Bundesluftschutzverband und leitete mehrere Jahre die Landesstelle Bremen. Seit 1959 war er im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz tätig.

Der Tod von Walter Haag reißt eine schmerzliche Lücke in die Reihen derer, die sich mit besonderer Hingabe und idealistischer Gesinnung dem Gedanken der Hilfsbereitschaft und dem Dienst am Gemeinwohl widmen. Mit seiner verehrten Gattin trauern wir um einen vorbildlichen Kollegen und treuen Freund, dessen ehrendes Andenken wir stets bewahren werden.

von den seit 1962 durchgeführten baulichen Deichschutzmaßnahmen. Und trotzdem wurde immer wieder in den Erklärungen der Oberbauärzte herausgestellt, daß von einer vollkommenen Sicherheit noch keine Rede sein könne. Auch in diesem Herbst und Winter muß noch mit der vollen Einsatzbereitschaft aller in der Deichverteidigung tätigen Kräfte gerechnet werden.

Für die Vertreter des BVS ergaben sich an Bord des Schiffes gute Möglichkeiten zur Führung von Kontaktgesprächen, zumal allen Teilnehmern ein Frühstückspäckchen in den BVS-Tragetaschen geliefert wurde.

So war auch diese Fahrt ein kleiner Teil Öffentlichkeitsarbeit für den Verband. Gespräch reihte sich an Gespräch. Und wir glauben, daß dieses alles sehr nützlich ist für den Tag, an dem die Hamburger Behörden über die Organisation entscheiden, die in ihrem Auftrage die Unterweisung der Bevölkerung im Selbstschutz durchführen soll.

H. G. B.

Nordrhein-Westfalen

■ „Schaffendes Rheinland“

Fast eine viertel Million Besucher nahmen auf dem Ausstellungsgelände in Brühl-Mitte mehr oder weniger kritisch unter die Lupe, was die Aussteller unter dem Motto „Schaffendes Rheinland“ anboten.

Auf einer Gesamtfläche von 28 000 qm zeigten etwa 400 Firmen ihre Erzeugnisse. Hinzu kamen 40 Sonderschauen von Verbänden und Vereinen.

Neben der Bundeswehr, der Polizei und dem DRK war auch der Bundesverband für den Selbstschutz mit einem Informationsstand vertreten. Auf einer Fläche von 40 qm konnte sich der interessierte Besucher über alle Fragen des Zivilschutzes informieren lassen. Großfotos und Modelle gaben einen Überblick über die Möglichkeit der Mithilfe im Selbstschutz. Drehmodelle mit dem Thema „Bevorratung und Verbandmaterial“ und die Vorführungen von Strahlennachweisgeräten zogen immer wieder die Besucher an. Eine kleine Tragkraftspritze mit Zapfwellenpumpe und ein Modell-Löschkarren waren der Anziehungspunkt vieler jugendlicher Besucher.

Der Informationsstand des BVS war umgeben von den ausstellenden Gemeinden des Landkreises Köln, die mit Bildern, Plastiken und Bebauungsplanmodellen die Bevölkerung informierten.

Diese Ausstellung bot ein buntes Mosaik von Angebot und Information, und für Besucher, die etwas ganz Besonderes suchten, stellte sie eine wahre Fundgrube dar.

■ BVS und Presse

Über die fachliche Ausbildung unserer Mitarbeiter hinaus hält die Landesstelle es für zweckmäßig und notwendig, Sonder tagungen durchzuführen mit dem Ziel, die Wissensgrundlage unserer Helfer zu erweitern und zu vertiefen. Sie bedient sich hierzu — im Rahmen des Möglichen — auch geeigneter Gastreferenten, um unseren Mitarbeitern die großen Zusammenhänge in den vielen Bereichen des öffentlichen Lebens sichtbar werden zu lassen. Sie erhalten hierdurch eine breitere und sichere Grundlage für ihre Arbeit.

Unter diesem Gesichtspunkt führte die Landesstelle eine Sondertagung durch, die sich speziell mit dem Thema Presse befaßte. Gerade die Zusammenarbeit mit der örtlichen Presse ist für die Meinungsbildung auch in Fragen des Zivilschutzes von besonderer Bedeutung, da nach wie vor das Lokalgeschehen beim Bürger Beachtung findet. Es ist nicht die große Zeitung, die aufmerksam von vielen gelesen wird, sondern überwiegend das Lokalblatt.

Bei der Auswahl der Teilnehmer für diese Tagung beschränkte sich die Landesstelle keineswegs auf die Fachbearbeiter VI, sondern es wurden auch Mitarbeiter der Fachgebiete VII, III sowie Dienststellenleiter einschließlich Bezirksstellenleiter eingeladen, da diese oft in die Lage kommen, Presse-Berichterstellern Auskunft erteilen zu müssen.

Als Gastreferenten zu nachfolgend aufgeführten Themen konnten gewonnen werden: Dozent Dr. Albrecht, Wirtschaftswissenschaftliches Institut, Universität Köln, „Funktion der Massenmedien in der modernen Gesellschaft“; Prof. Dr. Staudinger, Pädagogische Hochschule Paderborn, „Probleme der Meinungsbildung in der Bundesrepublik“; Dipl.-Kaufmann Woynar, Hannover, „Die Presse“; Redakteur Schwarze, Solingen, „Der Journalist und seine Partner“.

In einem außerordentlich lebendig und frei vorgetragenen Referat entwickelte Dr. Albrecht die „Entwicklungsphasen“ einer Nachricht vom „Sender“ über die Darstellungsart zum „Empfänger“. Hierbei brachte er klar zum Ausdruck, daß die sachliche

Information zwar wichtig, aber nicht entscheidend ist. Fachliches und öffentliches Interesse müßten einander begegnen.

Dipl.-Kfm. Woynar hatte die Aufgabe, das Phänomen „Presse“ unseren Mitarbeitern näherzubringen. Er verstand es, sich auf einige wenige Schwerpunkte zu beschränken und auch unsere eigene Verbandsarbeit berührende Themenkreise anzusprechen.

Das Thema „Probleme der Meinungsbildung“ fand in Prof. Staudinger einen ausgezeichneten Interpreten. Mit einem Blick in weiter zurückliegende Zeiten stellte Prof. Staudinger fest, daß in der Vergangenheit der Meinungsbildung enge Grenzen gesetzt wurden.

Heute dagegen steht besonders die freie Welt einer völlig veränderten Situation gegenüber. Die Massenkommunikationsmittel (Presse, Rundfunk und Fernsehen) ermöglichen es dem einzelnen, sich eine eigene Meinung durch umfassende Informierung zu bilden.

Prof. Staudinger empfiehlt gerade im Hinblick auf die vom BVS zu vertretenden Aufgaben ein ständiges Engagement mit den vorgenannten Personengruppen und Institutionen, Fairness in der Begegnung mit diesen Gruppen und eine kritische Haltung sich selbst gegenüber. Der sehr wissenschaftlich, aber für den aufmerksamen Zuhörer durchaus verständlich gehaltene Vortrag führte zu einer recht angeregten Diskussion, in welcher der Referent die vielen an ihn gestellten Fragen mit Geduld und Freimut beantwortete.

Standen bei den vorgenannten Referaten Grundsatzfragen der Meinungsbildung in Verbindung mit den Massenmedien im Vordergrund der Betrachtung, so war das nachfolgende Referat des Redakteurs Schwarze ganz auf die tägliche Arbeit eines Journalisten abgestellt. In lebendiger und anschaulicher Art zeichnete er das Bild eines Journalisten in seinem Verhältnis zu Redaktion und Verlag und zu seinen Informanten. In diesem Zusammenhang wies Redakteur Schwarze darauf hin, daß der Leser der wichtigere Partner sei, der Informant und das Ereignis jedoch der weniger wichtige Partner. Auf den Empfänger müsse die Nachricht und auch die Aufmachung der Nachricht abgestellt sein.

Soweit die Berichterstattung über die Referate der Gastreferenten. Von kaum geringem Wert waren die Referate, die über die BVS-internen Pro-

bleme der Öffentlichkeitsarbeit gehalten wurden.

In seiner Einführung in die Tagung gab der Fachgebietsleiter VI der Landesstelle, Dr. Kutschka, in einer Rückschau einen Überblick über die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit im BVS. Eine ausführliche Kennzeichnung der Situation nach der Umstrukturierung unseres Verbandes machte den Tagungsteilnehmern deutlich, wo der Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit nach dem Gesetz liegt. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß ohne die Inanspruchnahme der Massenmedien, insbesondere der Presse, die wichtige Aufgabe der Information und damit einer positiven Meinungsbildung zum Selbstschutz nicht möglich ist. Ständige Kontakte zu den Lokalredaktionen seien unerlässlich und stellten daher eine wichtige Aufgabe im Arbeitskatalog einer Dienststelle dar.

Mit dem Thema „Öffentlichkeitsarbeit, zeit- und lebensnah gestaltet“, befaßte sich die Leiterin der Frauenarbeit, Frau Thiele. Sie beendete ihre Ausführungen mit dem Hinweis: „Wenn wir das Vertrauen der Menschen zu unserer Sache und zu denen, die sie vertreten, gewinnen wollen, dann müssen wir selbst bestimmte Voraussetzungen in Wort und Bild erfüllen, d. h. Schritt halten mit der technischen und psychologischen Entwicklung, Schritt halten mit dem Zeitgeschehen.“

In seinem Abschlußreferat nahm der Leiter der Sondertagung, Dr. Kutschka, die Auswertung vor, wobei er die wesentlichen Ergebnisse der einzelnen Referate zusammenfaßte. Diese gaben den Tagungsteilnehmern einen Überblick und Einblick in den Wert der Öffentlichkeitsarbeit mit den Schwerpunkten Presse und Meinungsbildung und vermittelten zusätzlich beachtliche Hinweise und Anleitungen für die praktische Arbeit auf örtlicher Ebene.

Bremen

■ Die Kunst des Weglassens

Dr. Otto Walter Haseloff, Ordinarier für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Berlin, hielt vor Werbefachleuten in Bremen einen vielbeachteten Vortrag über „Probleme und Techniken einer zielgruppengerechten Verbalisierung und Visualisierung von Botschaften“. Hinter dieser hochwissenschaftlichen Thematik verbergen sich Forschungsergebnisse, die auch für unsere

Öffentlichkeitsarbeit und bei der Durchführung unserer Ausbildungsveranstaltungen anwendbar sind.

Wir neigen dazu, das Anhören eines Vortrages oder das Anschauen von Tafeln, Bildreihen oder Filmen als einen völlig passiven, wenig anstrengenden Vorgang anzusehen. Nach Haseloff sind aber Wahrnehmung und Aufmerksamkeit insofern äußerst aktive Prozesse, als der Mensch gewohnt ist, sehr viele der rasch aufeinanderfolgenden Informationsbeiträge — z. B. Sinneseindrücke — in Sekundenbruchteilen als unwesentlich auszuscheiden und auf diese Weise eine Auswahl zu treffen. Dieser Auswahlprozeß geht, sofern das Konzentrationsvermögen nicht gestört wird, am schnellsten in einem erleuchteten Raum vor sich. Der Gesprächspartner, Redner oder Lehrer kann diesen Prozeß mehr oder minder steuern und hierdurch die Meinungsbildung des Angesprochenen beschleunigen. Die unaufdringliche Lenkung der Auswahlvorgänge ist ein Grundproblem der Werbung, die als „öffentliche, gezielte und geplante Information zum Zwecke der Entscheidungssteuerung“ angesehen werden kann.

Unsere Freiheit findet an der unseres Mitmenschen ihre natürliche Begrenzung. Das gilt auch für den Bereich der geistigen Freiheit. Die Meinung des anderen müssen wir achten und ernstnehmen. Bewußt sollten wir darauf verzichten, den Gesprächspartner durch wortreiche Manipulation zu verwirren, um ihm unsere Überzeugung vorübergehend aufzudrängen. Wenn wir ihn nicht mit einer Fülle von Argumenten überfallen oder ein einfaches Gespräch mit vielen Wiederholungen führen, kommen wir seinem Interesse aber entgegen. Es gilt, auf unwesentliche Einzelheiten zu verzichten, um dem anderen die Auswahl der Eindrücke zu erleichtern.

Selbstverständlich muß alles vermieden werden, was die Aufmerksamkeit des Gesprächspartners ablenken könnte. Es ist z. B. unzweckmäßig, eine Vielzahl von Broschüren aufzufahren oder gezielte Gespräche in der vollen Straßenbahn oder in einer Gaststätte führen zu wollen, in der es sehr laut und geschäftig zugeht.

Der Erfolg unserer Gespräche für den Selbstschutz wird um so größer und nachhaltiger sein, je mehr wir uns bemühen, durch geistesgegenwärtig angebrachte Beweise und bild-

hafte Darstellungen den gedanklichen Ausleseprozeß des andern zu steuern. E. L.

Baden-Württemberg

■ Österreichische Zivilschutzexperten in Freiburg

Der Zivilschutzverband Vorarlberg hatte sich, angeregt durch die Reportage über den nach neuesten technischen Erkenntnissen ausgebauten und modernisierten Schloßbergstollen in Freiburg (ZB 5/67), an den BVS mit der Bitte gewandt, eine Besichtigung dieser vorbildlichen öffentlichen Schutzanlage zu ermöglichen. Die Verbandsführung beabsichtigte, den Behörden und Gemeinden unseres österreichischen Nachbarn Anregungen zur zweckmäßigen Instandsetzung der aus dem letzten Kriege noch zahlreich vorhandenen Stollen zu geben, um sie wieder für den Schutz der Bevölkerung nutzbar zu machen. Hierfür hatte das für den Schloßbergstollen z. Z. noch zuständige Staatliche Hochbauamt II Freiburg freundlicherweise eine technische Führung zugesagt.

Am 8. Mai trafen 22 Österreicher, unter ihnen Landtagsabgeordnete, Gemeinde- und Behördenvertreter, Baufachleute, an ihrer Spitze der Präsident des Vorarlberger Zivilschutzverbandes, Dr. Guth, in Freiburg, der Bischofsstadt der früheren österreichischen „Vorlande“, ein. Sie wurden von einem Vertreter der Landesstelle Baden-Württemberg willkommen geheißen, der den Gästen über den organisatorischen Aufbau des erweiterten Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland Rede und Antwort stand.

Baudirektor Doll, Leiter des Staatlichen Hochbauamtes II Freiburg, hatte die Führung übernommen und gab die technischen Erläuterungen. Gerade dem technischen Ausbau und der technischen Einrichtung des Stollens galt das besondere Interesse der Gäste. Sie zeigten sich außerordentlich beeindruckt, wie die Brauch-, Trink- und Abwasserprobleme gelöst worden sind, wie Belüftung und Heizung, Stromversorgung und die Beköstigung für mehrere tausend Menschen unter Katastrophenbedingungen funktionssicher arbeiten.

Die auch für den österreichischen Schutzbau letztlich entscheidende Kostenfrage wurde erörtert. Es wurde festgestellt, daß die Kosten je Schutzplatz in einem atomisicheren Stollen bei Dauerbelegung mit 6000 Perso-

nen von 1660 DM und bei Kurzzeitbelegung mit etwa 20 000 Menschen von 500 DM als tragbar und selbst für finanzschwache Länder im Bereich des Möglichen liegen. Die Besucher zeigten sich sehr befriedigt von dem Gesehenen und äußerten einhellig die Meinung, für ihre Aufgabe wertvolle Erkenntnisse mit nach Hause nehmen zu können.

Leider konnte den Gästen aus Zeitgründen — die Anfahrt hatte sich um über eine Stunde verzögert — das zu ihrer Exkursion so beziehungsreiche „Erpeldenkmal“ am Fuße des Schloßberges nicht mehr gezeigt werden. Dieses Denkmal eines Enterichs, der im Schrei seinen Kopf nach oben streckt, erinnert und mahnt an die Nacht des 27. November 1944, als Freiburg von einem schweren

Luftangriff getroffen wurde, der quer durch diese schöne Stadt einen breiten Streifen Tod und Verderben zog. Viele tausend Menschen kamen in den Flammen des Infernos um.

Einigen Menschen, die in der Nähe des Schloßberges wohnten, rettete jener Erpel das Leben. Er begann unablässig zu schreien, lange bevor die Sirenen warnten. Die Menschen beachteten diese Warnung, eilten in den Schloßbergstollen und fanden nach dem Angriff ihre Wohnstätten verwüstet und in Trümmern.

Der „Schrei des Enterichs“ sollte auch heute noch gehört werden. Er mahnt jeden, um den Schutz von Leib und Leben besorgt zu sein, so wie es auf seinem Sockel zu lesen steht: „Die Kreatur Gottes klagt, klagt an und mahnt!“ R. B.

Gefahr — Schützen — Helfen

In diesen Wochen wird der Tellus-Verlag ein kleines Büchlein herausgeben. Es wird 192 Seiten umfassen, in der Größe DIN A 5 erscheinen und mit farbigen Illustrationen den Stoff beleben, den es dem Leser vermitteln will:

„Gefahr — Schützen — Helfen“

So lautet auch sein Titel. Dieses Buch ist als Unterrichtshilfe für Lehrer und Schüler der 9. Klassen gedacht, die im staatsbürgerkundlichen Unterricht das Thema Zivilschutz/Selbstschutz behandeln.

Es ist in acht Kapitel aufgeteilt, die mit Beispielen aus der Geschichte beginnen und zeigen, daß die Menschheit von jeher Gefahren ausgesetzt war, gegen die sie gezwungen war, sich zu schützen. Über den „Segen und Fluch“, die uns Naturgewalten und technische Fortschritte bringen, leitet der Text über zu den Naturgesetzen, den physikalischen, chemischen und biologischen Zusammenhängen, die zum Verstehen der angesprochenen Gefahren von Bedeutung sind. Im weiteren wird auf die Schutzmöglichkeiten bei vielfältigen Gefahren eingegangen, über die verschiedenen Hilfsorganisationen gesprochen sowie Erste-Hilfe-Maßnahmen angegeben und erläutert, um zum Schluß nochmals die Notwendigkeit eines Selbstschutzes für jeden Bürger eindringlich herauszustellen.

Mit diesem Buch ist ein Leitfaden für den Unterricht in Schulen geschaffen, dem die Anerkennung nicht versagt bleiben dürfte.

Parkscheiben

In zahlreichen größeren Städten der Bundesrepublik hat sich beim Abstellen von Kraftfahrzeugen die Benutzung von Parkscheiben eingebürgert.

Ständig bemüht, seinen gesetzlichen Auftrag, die Bevölkerung an den Gedanken des Selbstschutzes heranzuführen, zu erfüllen, hat sich der Bundesverband für den Selbstschutz der Parkscheiben bedient. Auf ihrer Rückseite mahnen zwei kleine farbige Illustrationen und kurzer Text den Kraftfahrer daran, sich ausbilden zu lassen, um bei Unfällen und Katastrophen helfen zu können. Gleichzeitig wird er auf den Bau von Schutzräumen hingewiesen, zu deren Herstellung der Staat durch finanzielle Hilfen beiträgt. Die Anschrift des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der jederzeit für Beratungen zur Verfügung steht, ist ebenfalls vermerkt.

Diese Parkscheiben wurden — versuchsweise in Schleswig-Holstein — im Zusammenwirken mit den zuständigen Ordnungsämtern und dem ADAC an die Kraftfahrer ausgegeben. Die starke Nachfrage zeigt, daß hier ein erfolgsbringender Weg beschritten wurde.

DIE FÖRDERUNG VON SCHUTZBAUTEN DURCH DEN BUND

Ein Informationsgespräch
in der Bauschau Bonn

Der Bundesverband für den Selbstschutz hatte zahlreiche Persönlichkeiten aus dem Kreise der Architekten und Bauingenieure, aus Bauwirtschaft und Bauindustrie und dem öffentlichen Leben zu einem Informationsgespräch über die Förderung des Schutzraumbaus in die Räume der Bauschau Bonn eingeladen. Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch den Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Wolfgang Fritze, nahmen der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Kolb, und der Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Frhr. v. Rotberg, Gelegenheit, einige Worte an die Gäste zu richten.

Dr. Kolb führte aus, daß die vorgesehenen Maßnahmen, so sehr sie zu begrüßen seien, immer erst ein Tropfen im Meer des Erforderlichen seien. Es sei seiner Meinung nach möglich, trotz starker Vorbelastung das Problem des Schutzraumbaus doch innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes zu lösen. Es genüge immerhin das freiwillige Engagement des Bürgers, um die Diskussion in Gang zu setzen. Bei dem seit dem 2. Weltkrieg eingetretenen ungeheuren Informationsverlust — soweit es den Zivilschutz betrifft — sei es fahrlässig, wenn sich die Regierung und die Verantwortlichen der Verwaltung etwa diesem Problem entziehen würden.

Freiherr von Rotberg stellte fest, daß der DIHT in der Vergangenheit bemüht gewesen sei, das Interesse seiner Mitglieder am Zivilschutz zu wecken. Um so mehr würden jetzt die neuen Ansätze eines Schutzraumbaus begrüßt. Die Beschränkung der gesetzlichen Bestimmungen auf das Minimum und die Abkehr von einem unrealistischen Perfektionismus seien erfreulich. Das In-



Präsident Dr. Kolb (oben) und Ministerialrat Dr. Schmitt (unten) warben für den freiwilligen Bau von Schutzräumen in Wohngebäuden.



teresse der Industrie am Schutzraumbau sei nicht kommerziell, sondern in erster Linie auf den Schutz der Bevölkerung gerichtet. Darum seien in der Vergangenheit von der Industrie auch Vorleistungen in erheblichem Ausmaße erbracht worden. — Nur dann, wenn Selbstschutz und Schutzraumbau funktionierten, habe der Zivilschutz seine breite Basis.

Ministerialrat Dr. Werner Schmitt, Bundesministerium des Innern, umriß in seinem Vortrag zunächst die Gründe, die bisher

eine konzentrierte Zivilschutzarbeit verhindern. Der Einwand, daß es heute keinen Krieg mehr geben dürfe, sei letztlich kein Argument gegen einen Zivilschutz — besonders deshalb, weil sich gezeigt habe, daß die Entscheidung darüber, ob sich eine Krise zum Kriege ausweiten könne, nicht bei uns liege. Gegen alle gefühlsmäßigen Widerstände müsse festgestellt werden, daß auch heute noch ein Schutz der Bevölkerung möglich sei. Schutzraumbau sei nur eine von mehreren Möglichkeiten des Bevölkerungsschutzes, doch sei es die erwiesenermaßen wirksamste in einer Zeit, in der keine Gebiete mehr unbedroht bleiben und damit eine Evakuierung entfällt. Regierung und Parlament seien heute überzeugt, daß der Schutzraumbau den weitestgehenden Wirkungsgrad habe; eine militärische Verteidigung sei sinnlos, wenn die Bevölkerung ungeschützt sei.

Mit geringstem finanziellen Aufwand den besten Schutz zu geben, bedeute, einen breiten Grundschutz auszubauen und auf verstärkten Schutz zu verzichten.

Mit einem Grundschutz, der sich auf Mehrfamilienhäuser erstrecke, würden mit dem Einsatz eines Fünftels der Kosten drei Fünftel aller Schutzmöglichkeiten erfaßt. Hierbei sei ein jährliches Bauvolumen von 400 000 Wohnungen zugrunde gelegt; die dafür erforderlichen 200 Mio. Mark stünden allerdings gegenwärtig nicht zur Verfügung. Der Bund habe Überlegungen angestellt, um die Höhe der Zuschüsse so zu bemessen, daß für die Bauherren ein hinreichender Anreiz gegeben sei. Bei einem Durchschnittskostensatz von 270 DM sei der Zuschuß gestaffelt von 180 bis 220 DM auf einen Durchschnittssatz von 200 DM festgesetzt worden. Man müsse sich darüber klar sein, daß dieses Programm ein Test sei, von dem es abhängig sein werde, ob eine Aufstockung auf die erwähnten 200 Mio. DM erfolge. Der Bundestag habe die Regierung beauftragt, bis zum Jahresende darüber zu berichten, wie verstärkte Maßnahmen im Zivilschutz möglich seien.

Die Anwesenden seien aufgefordert, in ihrer Stellung an der Realisierung des Zuschußprogramms mitzuarbeiten.

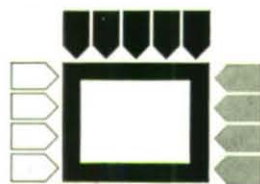
In lebhaften Diskussionen wurde das Thema Schutzraumbau anschließend weiter behandelt. E. W. van gen Hassend



Unter den Zuhörern saßen u. a. (v. r.) die Bundestagsabgeordneten Enseling und Jacobi sowie Direktor Fritze.



Besichtigung der in der Bauschau installierten Schutzräume.



Schutzbaufibel

Information
über den
Bau von
Hausschutz-
räumen

Staatliche
Zuschüsse

Steuerliche
Abschreibungen

Technische
Richtlinien

Bundesminister Ernst Benda besuchte am 26. Juni das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz in Bad Godesberg und damit dessen neuen Präsidenten Dr. Kolb. Den Mitarbeitern des BzB legte der Minister ans Herz, weiterhin vertrauensvoll mitzuarbeiten.

ZB im Bild

Eine Schutzbaufibel hat der Bundesverband für den Selbstschutz herausgegeben, die in einer begrenzten Auflage auf 32 Seiten alle Bauwilligen und Bauschaffenden über alle Fragen informiert, die mit der Förderung des privaten Schutzraumbaues zusammenhängen. — Unten: Mit beachtlichem Erfolg beteiligt sich der Bundesverband für den Selbstschutz an Messen und Ausstellungen, um die Besucher über den Zivilschutz und den Selbstschutz zu informieren.

